Audit Committee Quarterly

extra

DAS MAGAZIN FÜR CORPORATE GOVERNANCE

Audit Committee Institute e.V.

Gefördert durch KPMG

BUNDESTAGSWAHL

Im Quarterly II/2021 »Roaring Twenties« haben wir einen Blick auf den aktuellen Wandel und die Veränderungen geworfen, die uns in eine neue Normalität führen werden. Und die Zwanzigerjahre dieses Jahrhunderts haben es in sich: Der immer deutlichere Klimawandel, die Bewältigung der Pandemiefolgen, politische und gesellschaftliche Veränderungen sowie die nötige digitale Transformation stellen Gesellschaft, Wirtschaft und Politik vor große Herausforderungen. Gemeinsam müssen die genannten Akteure die tragenden Säulen dieses Wandels bilden.

Am 26.9.2021 findet vor diesem Hintergrund die Wahl zum 20. Deutschen Bundestag statt. Alle Bürger:innen sind aufgefordert, ihre Stimme abzugeben und damit die zukünftige Politik in Deutschland mitzugestalten.

Die entstehenden Meinungsmehrheiten und Koalitionen werden in der nächsten Legislaturperiode zum Kompass für den kommenden Wandel und die politische Diskussion in Deutschland, aber auch in Europa. Aufgrund der außergewöhnlichen Herausforderungen stellen die aktuellen Wahlprogramme auch für Aufsichtsräte und Führungskräfte die Weichen für die zukünftige Ausrichtung von Geschäftsmodell und Geschäftsstrategie.

Das Audit Committee Institute hat acht Fragen an die Parteien gerichtet, die Sie in Ihrer Auseinandersetzung mit den Parteiprogrammen unterstützen sollen: Welche Pläne stehen mit Blick auf Corporate Governance, den Wirtschaftsstandort Deutschland und die Zusammenarbeit in Europa auf der parteipolitischen Agenda für den Wahlkampf? Welches sind die drängendsten Herausforderungen, die gelöst werden müssen, und wo liegen Chancen für Deutschland, um sich weiterhin erfolgreich im internationalen Wettbewerb zu behaupten? Diese Wahlprüfsteine werden durch ein Stimmungsbild aus der Wirtschaft und Erwartungen an die zukünftige Bundesregierung ergänzt.

Gern lade ich Sie ein, mit uns am 29.9. das (vorläufige) Wahlergebnis virtuell zu betrachten und zu diskutieren. Ich freue mich auf den Austausch mit Ihnen, Ihre Meinungen, Erwartungen und Vorstellungen. Bis dahin wünsche ich eine anregende Lektüre und möchte mit folgenden Worten des ehemaligen US-Präsidenten Barack Obama schließen: »Wahlen allein machen noch keine Demokratie.«

Angelika Huber-Straßer
Leiterin des Audit Committee Institute e.V.,
Regionalvorstand Süd,
Head of Automotive, Deutschland und EMA
der KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

© 2021 Audit Committee Institute e.V., assoziiert mit der KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, einer Aktiengesellschaft nach deutschem Recht und ein Mitglied der globalen KPMG-Organisation unabhängiger Mitgliedsfirmen, die KPMG International Limited, einer Private English Company Limited by Guarantee, angeschlossen sind. Alle Rechte vorbehalten.

BUNDESTAGSWAHL

2 **EDITORIAL**
Angelika Huber-Straßer

4 **WAHLPRÜFSTEINE**

PERSPEKTIVEN

24 Deutschland moderner, freier und digitaler machen
Christian Lindner

25 **IN EIGENER SACHE**
Einladung zum Webcast zum Quarterly–extra Bundestagswahl

26 Kreislaufwirtschaft: Vision für den Turnaround der Erde
Dr. Markus Steilemann

28 Eine gemeinsame Verantwortung
Iris Bethge-Krauß

30 »Finishing Unfinished Business« – Finanzpolitische Prioritäten für eine neue Bundesregierung: Schnelle Vervollständigung der Bankenunion und Einführung einer innovationsfreundlichen Regulierung für Krypto-Assets- und Blockchain-Dienstleistungen
Prof. Dr. Axel Wieandt

32 »Ich wünsche mir einen unkomplizierten Staat, der aber endlich die komplexen Herausforderungen angeht«
Fabian Kienbaum

34 Weichenstellung Bundestagswahl – Transformation im öffentlichen Sektor
Torsten Kaiser

36 Impressum

37 **MYGOVERNMENT 2021**
Start-ups als Innovationspartner für den öffentlichen Sektor

38 Bestellformular

© 2021 Audit Committee Institute e.V., assoziiert mit der KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, einer Aktiengesellschaft nach deutschem Recht und ein Mitglied der globalen KPMG-Organisation unabhängiger Mitgliedsfirmen, die KPMG International Limited, einer Private English Company Limited by Guarantee, angeschlossen sind. Alle Rechte vorbehalten.

© 2021 Audit Committee Institute e.V., assoziiert mit der KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, einer Aktiengesellschaft nach deutschem Recht und ein Mitglied der globalen KPMG-Organisation unabhängiger Mitgliedsfirmen, die KPMG International Limited, einer Private English Company Limited by Guarantee, angeschlossen sind. Alle Rechte vorbehalten.

Anmerkung der Redaktion:

Was sind Wahlprüfsteine?

Für den Bundestagswahlkampf 2021 haben sich die Parteien auf ein gemeinsames Vorgehen zur Beantwortung von Fragen geeinigt – die sogenannten »Wahlprüfsteine«. Das ACI hat acht Fragen an CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE und DIE GRÜNEN gerichtet, die den Wirtschaftsstandort Deutschland/Europa, den Umgang mit der Klimakrise, aber auch das Gesellschaftsrecht und Corporate Governance umfassen. Auch der Aufsichtsrat ist aufgerufen, sich ein Bild von den politischen Ideen und Vorschlägen zu machen, um bereits vor der Wahl und vor den Koalitionsverhandlungen mögliche Implikationen für seine Tätigkeit in der 20. Legislaturperiode zu verfolgen.

Folgende Fragen wurden den Parteien gestellt:

1 Auf welche wesentlichen wirtschaftspolitischen Gesetzesinitiativen müssen sich Unternehmen in Deutschland für die nächste Legislaturperiode einstellen?

2 Welche Änderungen sollen bei der Unternehmensbesteuerung vorgenommen werden (insbesondere bei Kosten durch Klimaregulatorik, Unternehmensnachfolgen und internationaler Mindestbesteuerung)?

3 In welchen Bereichen und wie will Ihre Partei private Investitionen in Unternehmen und Unternehmensgründungen fördern und sollte der Staat in den nächsten Jahren verstärkt investieren?

4 Welche Pläne verfolgt Ihre Partei bei der Reform der sozialen Sicherungssysteme?

5 Welche Strategie will Ihre Partei im Hinblick auf den »Fachkräftemangel« in einigen Branchen verfolgen und wie will Ihre Partei Forschung und Bildung in Deutschland mit Blick auf die gestiegene Haushaltsverschuldung fördern?

6 Welche Maßnahmen sind erforderlich, damit die europäische Wirtschaft im Wettbewerb zwischen den Wirtschaftsblöcken China und den USA besteht (Strategie zur Förderung europäischer Champions; Beachtung von Menschenrechten/Klimaregulatorik in Handelsbeziehungen)?

7 Welche Vision und gesellschaftliche Vereinbarung werden benötigt, um die Klimakrise über die kommende Legislaturperiode hinaus nachhaltig anzugehen, und wie will Ihre Partei den Transformationsprozess der deutschen Wirtschaft begleiten (Erneuerbare Energien; Kreislaufwirtschaft; CO_2-Bepreisung)?

8 Inwieweit ist das Gesellschaftsrecht – insbesondere das Aktien- und GmbH-Recht – reformbedürftig; muss – und falls ja, wie – die Professionalisierung der Aufsichtsräte und Beiräte weiter vorangetrieben werden? →

© 2021 Audit Committee Institute e.V., assoziiert mit der KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, einer Aktiengesellschaft nach deutschem Recht und ein Mitglied der globalen KPMG-Organisation unabhängiger Mitgliedsfirmen, die KPMG International Limited, einer Private English Company Limited by Guarantee, angeschlossen sind. Alle Rechte vorbehalten.

Frage 1

Auf welche wesentlichen wirtschaftspolitischen Gesetzesinitiativen müssen sich Unternehmen in Deutschland für die nächste Legislaturperiode einstellen?

Partei	Antwort
CDU CSU Fraktion im Deutschen Bundestag	CDU und CSU werden vor allem ein umfangreiches Entfesselungspaket auf den Weg bringen, das Unternehmen von Steuern und Bürokratie entlastet sowie Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigt. Unser Ziel: Die Macherinnen und Macher sollen ihre Tatkraft zuallererst dafür einsetzen, erfolgreich zu wirtschaften, und nicht für die Erfüllung bürokratischer Pflichten. Denn das bringt unser Land voran.
SPD	Eine zentrale Bedeutung haben die öffentlichen Investitionen in wichtige Zukunftsfelder. Wir wollen das bereits geltende hohe Investitionsniveau von mindestens 50 Mrd. EUR jährlich beibehalten. Um den sozial-ökologischen Wandel zu erreichen, wollen wir auch die Nachfragemacht der öffentlichen Hand in diese Zielrichtung einsetzen. Dafür soll die öffentliche Auftragsvergabe an Tarifbindung, Innovation, Geschlechtergerechtigkeit und klimafreundlicher Nachhaltigkeit ausgerichtet werden. Eine wichtige Aufgabe kommt auch der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) zu. Sie soll zu einer modernen Innovations- und Investitionsagentur weiterentwickelt werden.
Freie Demokraten FDP	Bereits vor der Coronakrise hat Deutschlands Wirtschaft an Fahrt verloren. Nun müssen wir trotz Krise schnell wieder auf Wachstumskurs kommen. Für einen zukunftsfähigen Standort und Arbeitsplätze brauchen wir echte Modernisierungsimpulse. Wir Freie Demokraten setzen dabei auf die Innovationskraft der Sozialen Marktwirtschaft und auf eine Agenda für mehr Wachstum. Wir fordern einen Entfesselungspakt für die deutsche Wirtschaft, in dem Maßnahmen zur Bürokratieentlastung gebündelt und vorangetrieben werden. Der stetig wachsende Bürokratiedschungel belastet die Bürgerinnen und Bürger sowie die deutschen Unternehmen und bremst die wirtschaftliche Entwicklung aus. Initiativen wie das Bürokratieentlastungsgesetz IV, die Strategie »Einheitliche Ansprechpartner 2.0« und eine Verlegung der Sozialversicherungsbeiträge in den Folgemonat müssen zu einer Gesamtstrategie gebündelt werden. Das gilt auch für schlankere Vergabe-, Register- und Informationsbestimmungen. Für jede neue Belastung durch geplante Regelungen sollen im doppelten Umfang Belastungen abgebaut werden (»One in, two out«) – auch auf europäischer Ebene.

© 2021 Audit Committee Institute e.V., assoziiert mit der KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, einer Aktiengesellschaft nach deutschem Recht und ein Mitglied der globalen KPMG-Organisation unabhängiger Mitgliedsfirmen, die KPMG International Limited, einer Private English Company Limited by Guarantee, angeschlossen sind. Alle Rechte vorbehalten.

Partei	Antwort
DIE LINKE.	Dies wird von der jeweiligen Bundesregierung abhängen. Allerdings müssen Initiativen zügig umgesetzt werden, um die selbst gesteckten verbindlichen Klimaziele zu erreichen. Folglich werden die Bereiche Erneuerbare Energien, Netzausbau, Speicherkapazitäten, Dekarbonisierung der Industrie, Kreislaufwirtschaft, Gebäudesanierung und Mobilitätswende betroffen sein. Zur Finanzierung sind umfassende Reformen bei Steuern und Abgaben notwendig, wofür einzig DIE LINKE konkrete Aussagen macht. Wir wollen u. a. hohe Einkommen und Vermögen stärker belasten und mehr als 70 Prozent der SteuerzahlerInnen entlasten. Ohne massive öffentliche Investitionen wird weder eine sozialökonomische Transformation erreicht noch die massive soziale Ungleichheit bei uns im Land beseitigt.
BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN	Klimaneutralität ist die große Chance für unternehmerische Ideen und gute Arbeitsplätze. Dafür wollen wir GRÜNE generell fairen Wettbewerb sichern sowie für einfachere und schnellere Verfahren und Regeln sorgen. Das heißt insbesondere: eine erneuerbare Stromversorgung zu wettbewerbsfähigen Preisen sicherstellen, mit fairen CO_2-Preisen ökonomische Anreize setzen und mit Grenzausgleichsmaßnahmen Schutz vor unfairem Wettbewerb sichern. Außerdem: grünen Wasserstoff für die Dekarbonisierung ausreichend zur Verfügung stellen, in eine Kreislaufwirtschaft einsteigen, Innovationskraft und Investitionen fördern und Investitionen beschleunigen sowie die öffentliche Beschaffung und Vergabe nachhaltig gestalten. Wir werden die Digitalisierung für mehr Effizienz und Ressourceneinsparung nutzen, mit grünen Finanzmärkten und Nachhaltigkeit in Unternehmensbilanzen und bei öffentlichen Ausgaben Kapital in saubere Finanzanlagen lenken sowie mit Weiterbildung und Qualifizierung für mehr Fachkräfte sorgen.

© 2021 Audit Committee Institute e.V., assoziiert mit der KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, einer Aktiengesellschaft nach deutschem Recht und ein Mitglied der globalen KPMG-Organisation unabhängiger Mitgliedsfirmen, die KPMG International Limited, einer Private English Company Limited by Guarantee, angeschlossen sind. Alle Rechte vorbehalten.

Frage 2

Welche Änderungen sollen bei der Unternehmensbesteuerung vorgenommen werden (insbesondere bei Kosten durch Klimaregulatorik, Unternehmensnachfolgen und internationaler Mindestbesteuerung)?

Partei	Antwort
CDU CSU Fraktion im Deutschen Bundestag	Wir werden mit einer Unternehmenssteuerreform die Besteuerung modernisieren und wettbewerbsfähig machen. Wir wollen die Steuerlast für Gewinne, die im Unternehmen verbleiben, perspektivisch auf 25 Prozent deckeln. Das schafft Investitions- und Innovationskraft für die anstehenden Herausforderungen. Dabei wollen wir Rechtsformneutralität herstellen, ob für Einzelunternehmer, Personengesellschaft oder Kapitalgesellschaft. Wir wollen die Thesaurierungsbegünstigung und die Anrechnung der Gewerbesteuer verbessern und die Niedrigbesteuerungsgrenze im Außensteuerrecht reduzieren sowie die steuerliche Verlustverrechnung ausweiten. Ebenfalls wollen wir bessere Abschreibungsregeln umsetzen. Nachfolgeregelungen sind für uns wesentlicher Bestandteil der Gründungspolitik. Wir wollen mittelständische und familiär geführte Unternehmen, gerade im Handwerk, bei Betriebsübergaben unterstützen. Dazu wollen wir bürokratische und gesetzliche Hürden reduzieren, Betriebsnutzungsgenehmigungen erleichtern und die Weiternutzung von Kundendaten nach Betriebsübernahme vereinfachen.
SPD	Die Unternehmen haben in der Corona-Krise umfangreiche staatliche Hilfen erhalten und können nun nicht aus ihrer Verantwortung für die Finanzierung der Krisenlasten entlassen werden. Eine allgemeine Senkung der Unternehmenssteuern kann es deshalb nicht geben. Aus unserer Sicht profitieren Unternehmen von unseren geplanten Investitionen in Infrastruktur, in die ökologische Umstellung von Produktionsprozessen und in Aus- und Weiterbildung deutlich mehr als von einer allgemeinen Steuersenkung. Die SPD hat wichtige Verbesserungen für mittelständische Unternehmen auf den Weg gebracht, die überwiegend als Personengesellschaften organisiert sind. So haben wir ein Wahlrecht für Personengesellschaften eingeführt, sich auch ohne Rechtsformwechsel wie eine Kapitalgesellschaft besteuern zu lassen. Wir werden weiterhin für eine Modernisierung des Steuerrechts sorgen. Dazu werden wir etwa die neue steuerliche Forschungsförderung evaluieren und bei Bedarf weiterentwickeln. Die Einführung einer globalen Mindestbesteuerung ist für die mittelständischen Unternehmen keine Belastung, sondern ein Vorteil. Sie macht Gewinnverlagerungen international tätiger Unternehmen in Steueroasen unattraktiver und stellt somit mehr Wettbewerbsgleichheit her.

© 2021 Audit Committee Institute e.V., assoziiert mit der KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, einer Aktiengesellschaft nach deutschem Recht und ein Mitglied der globalen KPMG-Organisation unabhängiger Mitgliedsfirmen, die KPMG International Limited, einer Private English Company Limited by Guarantee, angeschlossen sind. Alle Rechte vorbehalten.

Partei	Antwort
Freie Demokraten FDP	Wir Freie Demokraten wollen die steuerliche Belastung von Unternehmen auf den OECD-Durchschnitt (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) von rund 25 Prozent senken. Unser Ziel ist es, im Zuge der angestrebten Harmonisierung der Unternehmensbesteuerung in Europa den deutschen Sonderweg der Gewerbesteuer zu beenden. Das heißt zugleich, dass die Finanzierung der Kommunen auf eine neue Grundlage gestellt werden muss – etwa durch einen kommunalen Zuschlag mit eigenem Hebesatzrecht auf die Körperschaftsteuer und auf die zuvor abgesenkte Einkommensteuer sowie einen höheren Anteil der Kommunen an der Umsatzsteuer. Zudem wollen wir uns gemeinsam mit den USA für eine globale Mindestbesteuerung für Unternehmen einsetzen. So sorgen wir für mehr Fairness im Wettbewerb zwischen großen internationalen Konzernen, die aggressive Steuervermeidung betreiben, und Mittelständlern. Wir lehnen eine einmalige Vermögensabgabe ebenso ab wie die Wiederbelebung der Vermögensteuer. Beides ist für unsere mittelständisch geprägte Wirtschaft ein Hemmschuh bei der Bekämpfung der wirtschaftlichen Folgen der Coronapandemie, weil den Unternehmen Liquidität unabhängig ihrer Ertragslage entzogen wird.
DIE LINKE.	DIE LINKE will bei der Einkommensbesteuerung niedrige und mittlere Einkommen entlasten, hohe Einkommen dagegen belasten. Als Faustregel gilt: Wer als Single weniger als 6.500 EUR Bruttoeinkommen im Monat hat, zahlt nach unserem Tarif weniger Steuern. Für Kapitalgesellschaften wollen wir den Satz der Körperschaftsteuer wieder auf 25 Prozent anheben. Megakonzerne wie Amazon und Co. sollen am Ort ihrer wirtschaftlichen Aktivitäten und der Umsätze besteuert werden. DIE LINKE fordert eine Reform der Erbschaftsteuer, da die geltende Erbschaftsteuer im Sinne einer Umverteilung von unten nach oben wirkt, indem sie die Erwerbe mittlerer Vermögen stärker belastet als die von hohen Vermögen. Wir wollen hierzu die geltenden Privilegien für Unternehmensvermögen abschaffen, da diese vor allem die Erbenden oder Beschenkten von sehr hohem Vermögen begünstigen. Bei der Finanzierung der ökologischen Modernisierung der Produktion will DIE LINKE die Konzerne und Aktionäre in die Pflicht nehmen.
BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN	Wir GRÜNE wollen Steuererleichterungen dort, wo sie nachhaltig und zielgerichtet sind. Deshalb wollen wir gezielte Investitionsanreize setzen. Mit einer degressiven Abschreibung von mindestens 25 Prozent fördern wir gezielt Investitionen in die digitale und ökologische Modernisierung unserer Unternehmen – auch über das Jahr 2021 hinaus – und sorgen durch eine temporäre Erweiterung des Investitionsabzugsbetrags dafür, dass auch kleinere Unternehmen davon profitieren können. Ebenso wollen wir die Eigenkapitalbasis von Unternehmen stärken, indem wir die Besteuerung nicht entnommener Gewinne bei Personengesellschaften verbessern. Durch gezielten Bürokratieabbau und Senkung der EEG-Umlage mindern wir die Belastung der Unternehmen zusätzlich. Parallel wollen wir in Europa eine gemeinsame Bemessungsgrundlage für die Unternehmenssteuern und einen Mindeststeuersatz von mittelfristig 25 Prozent ohne Ausnahmen einführen. Auch wenn wir einen weltweiten Konsens begrüßen, brauchen wir jetzt schnelle Lösungen.

© 2021 Audit Committee Institute e.V., assoziiert mit der KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, einer Aktiengesellschaft nach deutschem Recht und ein Mitglied der globalen KPMG-Organisation unabhängiger Mitgliedsfirmen, die KPMG International Limited, einer Private English Company Limited by Guarantee, angeschlossen sind. Alle Rechte vorbehalten.

Frage 3

In welchen Bereichen und wie will Ihre Partei private Investitionen in Unternehmen und Unternehmensgründungen fördern und sollte der Staat in den nächsten Jahren verstärkt investieren?

Partei	Antwort
CDU CSU Fraktion im Deutschen Bundestag	Anknüpfend an die Antwort auf die vorherige Frage wollen wir vor allem Investitionen für Forschung und Entwicklung in den Bereichen des Klimaschutzes, der Energieeffizienz, der Mobilität oder auch der Digitalisierung weiter stärken und anreizen. Um Investitionen in Technologie und Innovationen von kleinen und mittelständischen Unternehmen in der Wachstumsphase zu fördern, wollen wir die Anwendung eines Modells für Vorzugskapital (preferred equity) prüfen. Wir werden Unternehmensgründungen innerhalb von 24 Stunden online ermöglichen und dabei die Sicherheit im Rechtsverkehr wahren. Wir haben bereits den Meilenstein Zukunftsfonds I auf den Weg gebracht, der mindestens 30 Mrd. EUR mobilisieren wird. Wir benötigen jetzt einen Rahmen, der größere europäische Investitionen ermöglicht. Daher wollen wir den Zukunftsfonds ausweiten. Dazu gehört auch der Ausbau von Wagniskapital- bzw. Beteiligungsfinanzierungen für technologieorientierte Jungunternehmen. Unser Ziel ist zudem, dass Beteiligungen an Start-ups erst dann besteuert werden, wenn aus den Beteiligungen Gewinne erzielt oder die Anteile veräußert werden.
SPD	Als weltweiter Technologieführer muss unsere Wirtschaft in Zukunftssektoren – z. B. klimaneutrale Herstellungsprozesse, künstliche Intelligenz, 5G-Standard – unabhängiger von Drittstaaten werden. Ein wichtiger Aspekt ist hierbei die digitale Souveränität. Außerdem hat die Pandemie auch die Verwundbarkeit unseres Gesundheitssystems offengelegt. Hier müssen wir eine starke und widerstandsfähige Gesundheitswirtschaft in Europa schaffen und dafür auch Wertschöpfungsketten wieder zurückverlagern. Die Beteiligung Privater wird durch verschiedene Finanzierungsmodelle gefördert. Unternehmensgründungen sollen durch vereinfachte Verfahren, so eine One-Stop-Agency, und – wo nötig – spezielle Förderprogramme (etwa für Frauen und in der Fläche) unterstützt werden.

© 2021 Audit Committee Institute e.V., assoziiert mit der KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, einer Aktiengesellschaft nach deutschem Recht und ein Mitglied der globalen KPMG-Organisation unabhängiger Mitgliedsfirmen, die KPMG International Limited, einer Private English Company Limited by Guarantee, angeschlossen sind. Alle Rechte vorbehalten.

Partei	Antwort
Freie Demokraten FDP	Wir Freie Demokraten wollen, dass im Jahr 2025 in Deutschland 25 Prozent des Bruttoinlandsprodukts investiert werden – und zwar vor allem privat und nicht vorrangig vom Staat. Dafür wollen wir die nötigen Rahmenbedingungen schaffen. Der Staat muss seine Investitionen sowie die sonstigen steuer- und wirtschaftspolitischen Instrumente so einsetzen, dass auch private Unternehmen gern in Deutschland investieren. Wir wollen den Zukunftsfonds (Dachfonds) zur Start-up-Finanzierung deutlich ausbauen. Anstatt nur mehr staatliche Mittel bereitzustellen, wollen wir für privates Kapital die Investition in Wagniskapital attraktiver gestalten. Der Dachfonds baut eine Brücke, um derzeitige Hindernisse wie zu hohe Eigenkapitalanforderungen oder zu kleine Investitionssummen zu überwinden. Der Dachfonds steht institutionellen Investorinnen und Investoren, »Family Offices« und erfahrenen Privatanlegerinnen und Privatanlegern offen. Er sammelt Geld ein und investiert es hauptsächlich in deutsche Venture-Capital-Fonds. Zugleich profitieren die Bürgerinnen und Bürger über ihre Altersvorsorge von den hiesigen Gründungserfolgen.
DIE LINKE.	DIE LINKE will 120 Mrd. EUR pro Jahr in die Infrastruktur und öffentliche Daseinsvorsorge investieren. Wir brauchen einen Schub für die Digitalisierung (Netzausbau, Vernetzung der Behörden), ein breites, effizientes und krisenresilientes Gesundheits- und Bildungssystem sowie eine bezahlbare Energie- und Mobilitätswende. Wir wollen Förderprogramme insbesondere für KMU aufstocken und effizienter machen, um regionale Wirtschaftskreisläufe zu stärken und Forschungs- und Anwendungskooperationen (Clusterbildung) zwischen KMU und Hochschulen sowie Forschungseinrichtungen besser zu fördern. Wir wollen eine wirkliche Kreislaufwirtschaft, mehr Recycling, die Entwicklung alternativer Bau-/Grundstoffe und langlebige, reparaturfähige Produkte. Wir brauchen motivierte Unternehmen und gut ausgebildete Beschäftigte, die angeregt durch die öffentliche Investitionsoffensive auch selbst verstärkt investieren.
BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN	Wir GRÜNE wollen eine Investitionsoffensive – öffentlich und privat – in Klimaschutz, Digitalisierung und Bildung starten. Förderprogramme und Investitionszuschüsse sollen für KMU einfacher zugänglich werden. Mit einem Gründungskapital von 25.000 EUR und zwei bürokratiearmen Jahren unterstützen wir junge Unternehmen, ein staatlicher Wagniskapitalfonds verbessert die Finanzierung von Start-ups. Die steuerliche Forschungsförderung wollen wir zu einem wirkungsvollen, bürokratiearmen Förderinstrument für Start-ups sowie forschende kleine und mittelständische Unternehmen weiterentwickeln. Um die Investitionskraft nach der Corona-Pandemie zu stärken, führen wir – zeitlich begrenzt – attraktive Abschreibungsbedingungen ein. Mit Investitionszuschüssen, degressiven Abschreibungen und Klimaverträgen, welche die temporär höheren Kosten, z. B. einer CO_2-freien Stahlherstellung, kompensieren, geben wir klimafreundlichen Investitionen einen wettbewerbsfähigen Rahmen.

© 2021 Audit Committee Institute e.V., assoziiert mit der KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, einer Aktiengesellschaft nach deutschem Recht und ein Mitglied der globalen KPMG-Organisation unabhängiger Mitgliedsfirmen, die KPMG International Limited, einer Private English Company Limited by Guarantee, angeschlossen sind. Alle Rechte vorbehalten.

Frage 4

Welche Pläne verfolgt Ihre Partei bei der Reform der sozialen Sicherungssysteme?

Partei	Antwort
CDU CSU Fraktion im Deutschen Bundestag	Unser Ziel ist, dass Deutschland auch in Zukunft eines der verlässlichsten und stabilsten Sozialversicherungssysteme der Welt hat. CDU und CSU werden dafür sorgen, dass jeder Mensch in unserem Land eine gute medizinische und pflegerische Versorgung erhält und dass jedem geholfen wird, der Hilfe braucht. In einem zukunftsfähigen Gesundheits- und Pflegewesen setzen wir auf stärkere vernetzte Zusammenarbeit der einzelnen Akteure und nutzen das Potenzial der Digitalisierung. Wir sorgen für eine verlässliche Rente und einen Neustart bei der privaten, staatlich geförderten Vorsorge, damit sie sich mehr lohnt. Gerade mit Blick auf Geringverdiener wollen wir ein Konzept einer »Betrieblichen Altersvorsorge für alle« entwickeln, um diese wichtige Säule der Altersvorsorge weiter zu stärken und noch attraktiver zu machen. Wir wollen ein Konzept entwickeln, um in Deutschland eine neue Form der kapitalgedeckten Altersvorsorge zu etablieren. Dafür kann eine Generationenrente für eine Altersvorsorge von Geburt an ein guter Baustein sein.
SPD	Die SPD will die Arbeitslosenversicherung zur Arbeitsversicherung weiterentwickeln, die gesetzliche Rentenversicherung zur Erwerbstätigenversicherung ausweiten, die gesetzlichen und privaten Krankenversicherungen zur Bürgerversicherung zusammenführen und eine solidarische Pflegevollversicherung realisieren. Die Arbeitslosenversicherung soll nicht erst im Fall der Arbeitslosigkeit auf den Plan treten, sondern dabei helfen, diese gar nicht erst entstehen zu lassen. Dazu werden wir einen Anspruch auf Qualifizierung einführen und die BA zur Bundesagentur für Arbeit und Qualifizierung ausbauen. Wir wollen auch Selbstständige, Beamte und Politiker*innen in das gesetzliche Rentenversicherungssystem einbeziehen. Für Jung und Alt muss gelten, dass man nach einem Leben voller Arbeit eine ordentliche Rente bekommt. Mit der Bürgerversicherung wollen wir das Wohl der Patient*innen in den Mittelpunkt stellen und sicherstellen, dass Gesundheit keine Frage der Herkunft, des Einkommens oder des Wohnortes ist. Zudem darf die Pflege nicht zum unbezahlbaren Luxus werden. Deswegen werden wir eine solidarische Pflegevollversicherung einführen, die die Pflegekosten vollständig übernimmt. Die Pflege ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Ihre Kosten sollen durch eine solidarische Vollversicherung abgesichert werden.

© 2021 Audit Committee Institute e.V., assoziiert mit der KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, einer Aktiengesellschaft nach deutschem Recht und ein Mitglied der globalen KPMG-Organisation unabhängiger Mitgliedsfirmen, die KPMG International Limited, einer Private English Company Limited by Guarantee, angeschlossen sind. Alle Rechte vorbehalten.

Partei	Antwort
Freie Demokraten FDP	Wir Freie Demokraten wollen die Altersvorsorge nach dem Baukastenprinzip organisieren. So können Bausteine aus gesetzlicher, betrieblicher und privater Altersvorsorge je nach Lebenslage flexibel kombiniert und an moderne Lebensläufe angepasst werden. Wir wollen eine Basisrente einführen. Wer gearbeitet und eingezahlt hat, muss im Alter immer mehr als die Grundsicherung haben und auch mehr als Menschen, die nicht gearbeitet und eingezahlt haben. Das erreichen wir durch einen Freibetrag bei der Grundsicherung im Alter für Einkünfte aus der gesetzlichen Rentenversicherung. Beantragung und Auszahlung der Basisrente wollen wir unter dem Dach der Rentenversicherung zusammenführen. Der Gang zum Sozialamt entfällt, Altersarmut wird fair und gezielt bekämpft. Wir setzen uns für eine nachhaltige, generationengerechte Finanzierung der Pflege ein. An der Pflegeversicherung als Teilleistung ist festzuhalten, sie ist durch Kapitaldeckungselemente zu ergänzen. Wie bei der Rente wollen wir ein Drei-Säulen-Modell für die Pflege einführen – bestehend aus der sozialen Pflegeversicherung sowie aus privater und betrieblicher Vorsorge. Insbesondere der Ausbau von betrieblichen Modellen zur Pflegezusatzvorsorge ist zu unterstützen. Eigenverantwortung endet nicht bei der Pflegebedürftigkeit. Mit Blick auf den demografischen Wandel sowie die Entwicklung der Sozialabgaben ist es unvertretbar, die Pflegefinanzierung allein auf zukünftige Generationen abzuwälzen. Wir Freie Demokraten stehen für ein solidarisches und duales Gesundheitssystem, in dem den Versicherten durch Krankenkassen- und Krankenversicherungsvielfalt Wahlfreiheit gewährleistet ist. Dazu gehört neben einer starken privaten auch eine freiheitliche gesetzliche Krankenversicherung. Jede und jeder soll selbst entscheiden dürfen, ob sie oder er den Versicherungsschutz bei einer gesetzlichen Krankenversicherung oder bei einem Anbieter der privaten Krankenversicherung wählen möchte, und auch der Wechsel soll vereinfacht werden. Dabei müssen jedoch beide Systeme reformiert und zukunftsfest weiterentwickelt werden. Wir wollen das Liberale Bürgergeld. Wir wollen steuerfinanzierte Sozialleistungen wie das Arbeitslosengeld II, die Grundsicherung im Alter, die Hilfe zum Lebensunterhalt oder das Wohngeld in einer Leistung und an einer staatlichen Stelle zusammenfassen, auch im Sinne einer negativen Einkommensteuer. Selbst verdientes Einkommen soll geringer als heute angerechnet werden. So möchten wir das Steuer- und Sozialsystem verbinden. Die Grundsicherung muss unbürokratischer, würdewahrender, leistungsgerechter, digitaler und vor allem chancenorientierter werden. Daneben sollte der Passiv-Aktiv-Tausch weiterentwickelt werden, bei dem Gelder, die eine Leistungsempfängerin oder ein Leistungsempfänger erhält, in Lohnkostenzuschüsse für einen sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplatz umgewandelt werden können.
DIE LINKE.	DIE LINKE hat Alternativen zu der bisherigen Ausgestaltung und Finanzierung der sozialen Sicherung entwickelt. Im Kern geht es darum, für eine angemessene soziale Sicherung zu sorgen und sie gerecht zu finanzieren. Hierzu sollen u. a. die Privatisierung der sozialen Sicherungssysteme, Zusatzbeiträge und Zuzahlungen sowie die damit verbundenen Kürzungen beim Niveau der sozialen Sicherung zurückgenommen, prinzipiell alle Einkommensarten zur Finanzierung einbezogen, die Beitragsbemessungsgrenzen erhöht bzw. aufgehoben und die paritätische Beteiligung der Arbeitgeber garantiert werden.

© 2021 Audit Committee Institute e.V., assoziiert mit der KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, einer Aktiengesellschaft nach deutschem Recht und ein Mitglied der globalen KPMG-Organisation unabhängiger Mitgliedsfirmen, die KPMG International Limited, einer Private English Company Limited by Guarantee, angeschlossen sind. Alle Rechte vorbehalten.

Partei	Antwort
BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN	Die Leistungs- und Finanzierungsbedingungen in den Zweigen der sozialen Sicherungssysteme sind sehr verschieden. Daher gehen wir in der Sozial-, Renten-, Arbeitslosen-, Pflege- und Krankenversicherung unterschiedliche Wege mit dem Ziel eines guten Sicherungsniveaus und einer solidarischen Finanzierung. In der Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung wollen wir GRÜNE die Bürger*innenversicherung einführen. Das heißt, dass alle in die solidarische Finanzierung eingebunden werden. Die Bürger*innenversicherung für Gesundheit soll alle gut absichern und unser Gesundheitswesen solidarisch finanzieren. Auch in der Pflegeversicherung wollen wir eine gerechte Finanzierung und Verbesserungen für die Pflegebedürftigen. Selbstständige, die nicht anderweitig abgesichert sind, wollen wir in die gesetzliche Rentenversicherung einbeziehen. Die Arbeitslosenversicherung bleibt freiwillig, allerdings senken wir die Beitrittshürden für Selbstständige und machen es ihnen einfacher, sich in der Arbeitslosenversicherung zu versichern.

© 2021 Audit Committee Institute e.V., assoziiert mit der KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, einer Aktiengesellschaft nach deutschem Recht und ein Mitglied der globalen KPMG-Organisation unabhängiger Mitgliedsfirmen, die KPMG International Limited, einer Private English Company Limited by Guarantee, angeschlossen sind. Alle Rechte vorbehalten.

Frage 5

Welche Strategie will Ihre Partei im Hinblick auf den »Fachkräftemangel« in einigen Branchen verfolgen und wie will Ihre Partei Forschung und Bildung in Deutschland mit Blick auf die gestiegene Haushaltsverschuldung fördern?

Partei	Antwort
CDU CSU Fraktion im Deutschen Bundestag	Damit wir die Fachkräfte haben, die unser Land braucht, setzen wir unter anderem auf gute berufliche Ausbildung, die zunehmende Beschäftigung von Frauen, Älteren und Menschen mit Behinderungen auf dem ersten Arbeitsmarkt, die Qualifizierung von Langzeitarbeitslosen sowie den gesteuerten Zuzug gut ausgebildeter und leistungsbereiter Menschen aus den Mitgliedstaaten der EU und aus außereuropäischen Staaten. Daneben spielt das lebensbegleitende Lernen eine entscheidende Rolle. Fort- und Weiterbildung sind der Schlüssel, um die vor uns liegenden Herausforderungen zu meistern. Für die Bildungspolitik in den Bereichen Schule und Hochschule sind die Länder zuständig, entsprechend auch für die Bildungsfinanzierung. Im Bereich der beruflichen Bildung wollen wir das Aufstiegs-BAföG fortentwickeln. Darüber hinaus halten wir an dem Ziel fest, dass Wirtschaft und Staat bis 2025 3,5 Prozent des BIP für Forschung und Entwicklung aufwenden. Dazu werden wir u. a. die steuerliche Forschungsförderung stärken und die Bemessungsgrundlage auf 8 Mio. EUR pro Unternehmen erneut verdoppeln. Denn Forschung und Innovation sind die Schlüssel für Wachstum, Arbeitsplätze und damit für steigende Staatseinnahmen.
SPD	Auch im Rahmen begrenzter finanzieller Spielräume will die SPD in Bildung und Forschung investieren. Dies reicht von starken Investitionen in Schulen und Hochschulen bis zur Förderung der Forschung im Rahmen des Pakts für Forschung und Innovation und die Neugründung der Deutschen Transfergemeinschaft. In Hinblick auf den Fachkräftemangel in einigen Branchen will die SPD mit einem Gesamtkonzept antworten, das die verschiedenen Dimensionen des Problems adressiert: Beispielsweise wollen wir gezielt die Transformation der Arbeitswelt begleiten und für Arbeitnehmer:innen die Arbeitslosenversicherung zu einer Arbeitsversicherung weiterentwickeln sowie für alle ein Recht auf Weiterbildung und beruflichen Neustart einführen, damit die Arbeitskräfte von heute sich für die Arbeit von morgen qualifizieren können.

© 2021 Audit Committee Institute e.V., assoziiert mit der KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, einer Aktiengesellschaft nach deutschem Recht und ein Mitglied der globalen KPMG-Organisation unabhängiger Mitgliedsfirmen, die KPMG International Limited, einer Private English Company Limited by Guarantee, angeschlossen sind. Alle Rechte vorbehalten.

Partei	Antwort
Freie Demokraten FDP	Das duale System der beruflichen Bildung trägt in Zeiten des demografischen Wandels zur Fachkräftesicherung bei, etwa im Handwerk, in Industrie und Handel sowie in den freien Berufen. Wir Freie Demokraten wollen unser erfolgreiches berufliches Bildungssystem daher stärken und fit für die Zukunft machen. Wir fordern eine Exzellenzinitiative Berufliche Bildung, um die Attraktivität und Innovationskraft der beruflichen Aus- und Weiterbildung zu stärken. Um sich den Herausforderungen der digitalen Arbeitswelt zu stellen, braucht das System der beruflichen Bildung ein Update. Ein bundesweiter Exzellenzwettbewerb soll die besten Ideen zur Zukunft der beruflichen Bildung mit hochrangigen Auszeichnungen und mehrjährigen Zuschüssen fördern. Zudem wollen wir den Talenten der beruflichen Bildung den gleichwertigen Zugang zu den Begabtenförderungswerken und zum Deutschlandstipendium ermöglichen. Neben einer finanziellen Unterstützung ist die Öffnung der ideellen Förderung für Stipendiatinnen und Stipendiaten aus der beruflichen Aus- und Weiterbildung von Bedeutung. Durch eine Öffnung der Förderung schaffen wir attraktive Perspektiven für Talente aus der beruflichen Bildung. Wir Freie Demokraten wollen die Einwanderung in den Arbeitsmarkt verständlich und einfach steuern. Dazu fordern wir ein modernes Zwei-Säulen-System. Dieses besteht aus einer überarbeiteten »Blue Card« als Kerninstrument der Fachkräfteeinwanderung mit Arbeitsplatzangebot, die auch für nichtakademische Fachkräfte geöffnet werden muss, und der Einführung einer Chancenkarte für ein Punktesystem nach kanadischem Vorbild, um für Fachkräfte die Möglichkeit zu schaffen, auch ohne Arbeitsplatzangebot zur Arbeitssuche nach Deutschland zu kommen. Die Steuerung soll hierbei über Kriterien wie Bildungsgrad, Deutsch- oder auch gute Englischkenntnisse, Alter, Berufserfahrung und den aktuellen Fachkräftebedarf am Arbeitsmarkt erfolgen. Mittelfristig soll die Chancenkarte in einem europäischen Talentpool aufgehen, um Europas Attraktivität für qualifizierte Fachkräfte und Studierende zu erhöhen und zu vereinheitlichen. Für beide Säulen muss es für alle Berufe eine einzige gemeinsame bundesweit zuständige Anerkennungsstelle geben, welche die Prüfung strukturiert und professionell vornimmt. Für gut integrierte Schutzsuchende muss es die Möglichkeit eines »Spurwechsels« in eine der beiden Säulen der Einwanderung in den Arbeitsmarkt geben. Denn wer einer Erwerbstätigkeit nachgeht oder sich in einer Qualifikationsphase (zum Beispiel Ausbildung oder Studium) befindet, sollte nicht ausgewiesen werden. Investitionen in die Zukunft unseres Landes und originäre staatliche Kernaufgaben wie Bildung, Bereitstellung einer modernen Infrastruktur oder einer zukunftsfähigen Forschungslandschaft haben für uns Freie Demokraten eine außerordentliche Priorität. Wir fordern, einen Prozentpunkt des bestehenden Mehrwertsteueraufkommens zusätzlich in Bildung zu investieren. Dazu sollen sich Bund und Länder unter Einbeziehung der Kommunen in einem Staatsvertrag verpflichten. Das ermöglicht zusätzliche Investitionen von rund 2,5 Milliarden Euro in den Bildungssektor, die für die umfassende Modernisierung unseres Bildungssystems dringend notwendig sind.

© 2021 Audit Committee Institute e.V., assoziiert mit der KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, einer Aktiengesellschaft nach deutschem Recht und ein Mitglied der globalen KPMG-Organisation unabhängiger Mitgliedsfirmen, die KPMG International Limited, einer Private English Company Limited by Guarantee, angeschlossen sind. Alle Rechte vorbehalten.

Partei	Antwort
DIE LINKE.	Bildung ist ein Menschenrecht, daher muss die Mangelwirtschaft in der Bildung endlich beendet werden. Allein der Sanierungsbedarf bei Schulen wird bundesweit inzwischen auf fast 50 Mrd. EUR geschätzt. An den Hochschulen müssten von 2017 bis 2025 etwa 35 Mrd. EUR investiert werden, um den Modernisierungsstau abzubauen. Wer bei Bildungsinvestitionen spart, muss sich später auch nicht über einen Fachkräftemangel wundern. DIE LINKE will, dass Bund, Länder und Kommunen in der Bildung zusammenarbeiten können. Durch das Kooperationsverbot ist das nur eingeschränkt möglich. Wir wollen das Verbot komplett aufheben und Bildung als Gemeinschaftsaufgabe im Grundgesetz verankern, damit auch der Bund Bildung dauerhaft mitfinanzieren kann. Hohe Vermögen und Einkommen, Erbschaften und Gewinne aus Kapital sowie Aktien müssen stärker besteuert werden. Damit finanzieren wir u. a. Investitionen in ein gutes öffentliches Bildungssystem.
BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN	Wir GRÜNE wollen alle Potenziale ausschöpfen. Derzeit sind über 3 Mio. Menschen arbeitslos oder unterbeschäftigt. Für Minijobber*innen lohnt es nicht, aufzustocken. Damit diese Menschen mehr arbeiten können, brauchen sie geeignete Bedingungen. Die schaffen wir durch bessere Förderung und Vermittlung, passgenaue Arbeitszeiten, faire Löhne sowie attraktive Arbeitsbedingungen. Außerdem: massiver Ausbau der beruflichen Aus- und Weiterbildung. Wichtig ist praxisnahe Berufsorientierung in allen Schultypen. Ein Recht auf Weiterbildung, ein auskömmliches Weiterbildungsgeld und ein Freistellungsanspruch helfen, Entwicklungsmöglichkeiten zu nutzen. Die pandemiebedingt gestiegene Verschuldung darf kein Grund sein, an Bildung und Ausbildung zu sparen. Auch leichtere qualifizierte Einwanderung gehört zu unserem Konzept gegen den Fachkräftemangel. Mit einer Talentkarte, schnellerer Anerkennung ausländischer Bildungs- und Berufsabschlüsse und der Möglichkeit zum Spurwechsel für Geflüchtete erhalten Arbeits- und Fachkräfte aus dem Ausland eine berufliche Perspektive in Deutschland.

© 2021 Audit Committee Institute e.V., assoziiert mit der KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, einer Aktiengesellschaft nach deutschem Recht und ein Mitglied der globalen KPMG-Organisation unabhängiger Mitgliedsfirmen, die KPMG International Limited, einer Private English Company Limited by Guarantee, angeschlossen sind. Alle Rechte vorbehalten.

Frage 6

Welche Maßnahmen sind erforderlich, damit die europäische Wirtschaft im Wettbewerb zwischen den Wirtschaftsblöcken China und den USA besteht (Strategie zur Förderung europäischer Champions; Beachtung von Menschenrechten/Klimaregulatorik in Handelsbeziehungen)?

Partei	Antwort
CDU CSU Fraktion im Deutschen Bundestag	Für ein wettbewerbsfähiges und stabiles Europa setzen wir auf eine starke Wirtschafts- und Währungsunion mit einer soliden Haushaltspolitik. Dafür muss die europäische Wirtschaftspolitik besser abgestimmt sein sowie die Handelspolitik stärker auf Verbesserungen beim Marktzugang für Güter und Dienstleistungen hinarbeiten, um Hemmnisse für europäische Unternehmen auf Drittmärkten abzubauen und Freihandelsabkommen voranzutreiben. So setzen wir uns für einen offenen Welthandel statt Protektionismus und Abschottung ein und wollen Anreize schaffen, hohe Standards beim Klima-, Umwelt- oder auch Verbraucherschutz einzuhalten. Und wir setzen uns für europäische Champions und ihren wirtschaftlichen Erfolg ein, indem wir den ordnungspolitischen Rahmen setzen und für beste Standortsbedingungen (Strom- und Energiepreise, Unternehmensbesteuerung, Sozialabgabenquote) sorgen.
SPD	Es wird ein Bündel an industriepolitischen, wirtschaftspolitischen und handelspolitischen Maßnahmen nötig sein, um die europäische Wirtschaft zukunftsfähig aufzustellen. Dazu gehört die gezielte staatliche Förderung von Zukunftstechnologien, eine möglichst große Souveränität und Resilienz von Werkschöpfungsketten in wichtigen Industriezweigen sowie eine Neuordnung des Wettbewerbs- und Beihilferechts in der EU. Dadurch sollen Wettbewerbsnachteile gegenüber anderen Wirtschaftsräumen verringert werden. Freihandelsabkommen müssen verbindliche soziale Standards wie ILO-Kernarbeitsnormen sowie menschenrechtliche und ökologische Standards enthalten.

© 2021 Audit Committee Institute e.V., assoziiert mit der KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, einer Aktiengesellschaft nach deutschem Recht und ein Mitglied der globalen KPMG-Organisation unabhängiger Mitgliedsfirmen, die KPMG International Limited, einer Private English Company Limited by Guarantee, angeschlossen sind. Alle Rechte vorbehalten.

Partei	Antwort
Freie Demokraten FDP	Wir Freie Demokraten wollen, dass Deutschland international zum Fürsprecher des regelbasierten Freihandels wird und den Abschluss weiterer Freihandelsabkommen vorantreibt. Hierfür muss die Bundesregierung innerhalb Europas und der Welt protektionistischen Tendenzen entgegentreten und eine aktive Führungsrolle bei Handelsverträgen, Investitionsabkommen und fairen Investitionsbedingungen einnehmen. Zugleich muss sie die institutionelle Verankerung einer regelbasierten Freihandelsordnung vorantreiben. Um der Handelspolitik in der nächsten Bundesregierung mehr Gewicht zu verleihen, fordern wir eine Staatsministerin oder einen Staatsminister für Außenhandel. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie wollen wir zudem in »Bundesministerium für Wirtschaft, Freihandel und Energie« umbenennen. Um die Handlungsfähigkeit der Europäischen Union in der Handelspolitik zu erhalten, wollen wir Freihandelsabkommen so gestalten, dass – wie beim EU-Japan-Abkommen – nur die Zustimmung des Europäischen Parlaments, nicht aber die von nationalen und regionalen Parlamenten benötigt wird. Dabei wollen wir in der EU und weltweit gegen Marktverzerrungen vorgehen, die zum Beispiel durch stark subventionierte Staatsunternehmen entstehen. Wir setzen uns zudem für den Grundsatz der Reziprozität ein, wonach Unternehmen nur dann Zugang zum europäischen Markt haben sollten, wenn das umgekehrt auch der Fall ist.
DIE LINKE.	DIE LINKE steht für eine kooperative, faire internationale Arbeitsteilung und deshalb lehnen wir die EU-Freihandels- und Investitionsabkommen ab. Sie verhindern regulatorische Eingriffe zugunsten von Klimaschutz und/oder Menschenrechten, ermöglichen sinkende Standards und Normen, gefährden die Demokratie und damit unsere Zukunft. Wir wollen in der EU ein anderes Handels- und Wirtschaftsparadigma und massive öffentliche Investitionen. Unternehmen mit neuen, ökologischen Verfahren und Produkten werden wir unterstützen, parallel Waren, Güter und Dienstleistungen mit Zöllen/Abgaben belegen und vom Binnenmarkt fernhalten, wenn sie internationale Ziele (Klima-/Ressourcenschutz, Menschenrechte etc.) unterlaufen. Wir wollen innovative Unternehmen und dafür die einseitig auf Wettbewerb und Unternehmensinteressen ausgerichtete Politik beenden – sonst wird die EU zwischen den Blöcken untergehen.
BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN	Erstens muss die EU ihre Werte und Interessen gemeinsam und geschlossen vertreten. Zweitens sollte sie verstärkt die Zusammenarbeit mit Ländern suchen, die – wie die Europäer*innen – an einer internationalen Ordnung interessiert sind, die auf Rechtsstaatlichkeit gegründet sind und nicht auf der Dominanz von Regionalmächten. Drittens sollte die EU in ihrer Wirtschaftspolitik dafür sorgen, dass ihre künftige Wettbewerbsfähigkeit und ihre künftige wirtschaftliche Dynamik auf Basis von Nachhaltigkeit verfolgt werden. Eine Wirtschaftspolitik, die ökologische und soziale Transformationsherausforderungen nicht systematisch berücksichtigt, geht fehl. Hidden Champions, die z. B. Hightech für bessere Umwelt- und Lebensbedingungen herstellen, müssen gefördert und konsequent am 1,5-Grad-Ziel, an der Agenda für nachhaltige Entwicklung und an Menschenrechten ausgerichtet werden. Viertens muss die EU in der Haushaltspolitik ihre Prioritäten zukunftsorientiert setzen und unter anderem den Forschungsetat stärken.

© 2021 Audit Committee Institute e.V., assoziiert mit der KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, einer Aktiengesellschaft nach deutschem Recht und ein Mitglied der globalen KPMG-Organisation unabhängiger Mitgliedsfirmen, die KPMG International Limited, einer Private English Company Limited by Guarantee, angeschlossen sind. Alle Rechte vorbehalten.

Frage 7

Welche Vision und gesellschaftliche Vereinbarung werden benötigt, um die Klimakrise über die kommende Legislaturperiode hinaus nachhaltig anzugehen, und wie will Ihre Partei den Transformationsprozess der deutschen Wirtschaft begleiten (Erneuerbare Energien; Kreislaufwirtschaft; CO_2-Bepreisung)?

Partei	Antwort
CDU CSU Fraktion im Deutschen Bundestag	Im Sinne der Nachhaltigkeit ist es die Aufgabe von CDU und CSU, als Volksparteien dafür zu sorgen, dass Deutschland auch in Zukunft lebenswert ist: das bedeutet, auf Basis eines nachhaltigen Wachstums, sozial und ökologisch gerecht. Zum Erreichen brauchen wir innovative Technologien, wirtschaftliche Investitionen und ein koordiniertes Handeln von Politik, Industrie und Gesellschaft. Nur wenn Technologien, Investitionen und Projekte in die Dekarbonisierung sich letztlich als wirtschaftlich erweisen, wird die Jahrhundert-Transformation gelingen. Nur wenn Investitionen in die Dekarbonisierung zu mehr Wettbewerbsfähigkeit führen, werden neue Arbeitsplätze und Wertschöpfungsketten entstehen. Dafür wollen CDU und CSU die Digitalisierung nutzen und u. a. den Emissionshandel ausbauen, den Aufwuchspfad der CO_2-Bepreisung straffen, die EEG-Umlage abschaffen und dafür sorgen, dass Investitionen in Klimatechnologien und Energieeffizienz steuerlich besser abgesetzt werden können. Wir wollen für einen intelligenten Energiemix sorgen und den Ausbau der Erneuerbaren beschleunigen. Wasserstoff messen wir eine besondere Bedeutung zu und auch auf die Kreislaufwirtschaft setzen wir, um aktiven Klima- und Umweltschutz zu betreiben.
SPD	Mit dem Klimaschutzgesetz sorgen wir gesetzlich verbindlich dafür, dass wir über Legislaturperioden hinweg unsere Klimaziele verlässlich erreichen und bis 2045 klimaneutral leben und wirtschaften. Unabdingbare Voraussetzung ist der maximale Ausbau der Erneuerbaren Energien. Unser Ziel ist es, dass Strom bis 2040 zu 100 Prozent aus Erneuerbaren Energien stammt. Weitere wichtige Bausteine sind die konsequente Weiterentwicklung der Kreislaufwirtschaft, die Schaffung eines klimafreundlichen Mobilitätssystems sowie der Ausbau der Infrastruktur in allen Bereichen, u. a. Stromnetze, Smart Meter, Wärmenetze, Wasserstoffpipelines, wasserstofffähige Gasnetze. Wir wollen das Abgabe- und Umlagesystem reformieren, sodass Unternehmen und Bürger*innen ihren entsprechenden Beitrag leisten und gleichzeitig von der Transformation profitieren können. Den CO_2-Preis sehen wir als Teil eines Maßnahmenmixes. Bevor ein höherer CO_2-Preis in einigen Jahren gut wirken kann und für alle funktioniert, schaffen wir klimafreundliche Alternativen.

© 2021 Audit Committee Institute e.V., assoziiert mit der KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, einer Aktiengesellschaft nach deutschem Recht und ein Mitglied der globalen KPMG-Organisation unabhängiger Mitgliedsfirmen, die KPMG International Limited, einer Private English Company Limited by Guarantee, angeschlossen sind. Alle Rechte vorbehalten.

Partei	Antwort
Freie Demokraten FDP	Wir brauchen eine gesellschaftliche Vereinbarung darüber, dass Klimaschutz und die soziale Marktwirtschaft zusammengehören. Wir müssen wegkommen von der Regulierungs- und Verbotsmentalität im Klimaschutz und Rahmenbedingungen setzen, welche die Innovationskraft der Marktwirtschaft technologieneutral aktivieren. Deshalb fordern wir einen alle Wirtschaftsbereiche einschließenden Emissionshandel mit einem einheitlichen Marktpreis für Emissionsberechtigungen, deren Anzahl durch einen auf das Ziel Klimaneutralität ausgerichteten Treibhausgasdeckel begrenzt wird. So signalisiert der Marktpreis für Emissionsberechtigungen die Knappheit an Emissionsberechtigungen und gibt den Unternehmen einen Anreiz zu effizienter Emissionsvermeidung, die eine Nutzung Erneuerbarer Energieträger ebenso einschließen wie ressourcensparende Ansätze in der Kreislaufwirtschaft.
DIE LINKE.	DIE LINKE will eine sozial gerechte ökologische Transformation der Gesellschaft, in der die Lasten des Umbaus nicht einseitig Lohnverzicht und Kürzungen bei sozialen Sicherungssystemen und öffentlicher Daseinsvorsorge bedeuten. Die Umstellung der Produktion (Dekarbonisierung) gelingt durch ein Gesamtpaket aus Ordnungspolitik, einer sozial-ökologischen Investitionsoffensive und staatlicher Unterstützung für die Transformation der Industrie, die bis 2035 klimaneutral, nachhaltig und energieeffizient produzieren soll. Eine Kreislaufwirtschaft wollen wir durch neue Ökodesignanforderungen wie Langlebigkeit und Reparierbarkeit sowie Pfandsysteme für Elektrogeräte, Batterien und Akkumulatoren sowie Mehrwegpoolsysteme als Standard bei Versand- und Transportverpackungen. Im Verkehrs- und Gebäudebereich setzen wir auf den Ausbau des Bahn-, Bus- und Radverkehrs sowie kommunale Logistiklösungen und auf eine stark staatlich geförderte energetische Gebäudesanierung sowie Effizienzvorgaben im Neubau.
BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN	Je eher wir auf den Pariser Klimaschutzpfad einschwenken, desto größer die Chance für das Bestehen im internationalen Wettbewerb um die Technologien von morgen. Ein wirksamer CO_2-Preis setzt den notwendigen Rahmen, um in diesem Wettbewerb zu bestehen, und macht Klimaschutzinvestitionen sofort lohnend. Wir GRÜNE unterstützen die deutsche Wirtschaft mit einer sicheren und schnellen Versorgung mit erneuerbaren Energien zu einem günstigen und wettbewerbsfähigen Strompreis. Auch wollen wir Klimaverträge mit Unternehmen anschließen. Damit erstatten wir diesen die Differenz zwischen dem aktuellen CO_2-Preis und den tatsächlichen CO_2-Vermeidungskosten, damit sich Klimaschutzinvestitionen sofort rechnen. Ergänzend dazu wollen wir eine funktionierende Kreislaufwirtschaft aufbauen, in der Produkte möglichst lange verwendet, reparierbar und recycelbar gestaltet werden. Den Weg dorthin weisen stärkere Herstellerverpflichtungen, ambitionierte Recyclingquoten und gezielte Förderprogramme.

© 2021 Audit Committee Institute e.V., assoziiert mit der KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, einer Aktiengesellschaft nach deutschem Recht und ein Mitglied der globalen KPMG-Organisation unabhängiger Mitgliedsfirmen, die KPMG International Limited, einer Private English Company Limited by Guarantee, angeschlossen sind. Alle Rechte vorbehalten.

Frage 8

Inwieweit ist das Gesellschaftsrecht – insbesondere das Aktien- und GmbH-Recht – reformbedürftig; muss – und falls ja, wie – die Professionalisierung der Aufsichtsräte und Beiräte weiter vorangetrieben werden?

Partei	Antwort
CDU CSU Fraktion im Deutschen Bundestag	Im Aktienrecht wollen wir, aufbauend auf den im Rahmen der Umsetzung der zweiten Aktionärsrechterichtlinie erreichten Verbesserungen, eine ausgewogenere Balance zwischen den Aktionären (als Eigentümer der Gesellschaft) und den Verwaltungen erreichen. Eine digitale Hauptversammlung wollen wir auch nach Ende der Corona-Pandemie gestatten; diese darf aber nicht zur Verringerung der Mitwirkungsrechte der Aktionäre missbraucht werden, sondern sollte sie stärken. Dazu gehört bei Publikumsgesellschaften auch ein verlässlicher Informationsanspruch, der zum Beispiel nach einem Delisting über die gesetzlichen Regelinformationen hinausgeht. Im GmbH-Recht sollte eine Einziehung erst mit Zahlung der Abfindung wirksam werden. Dafür entfallen sollte die Ausfallhaftung der Mitgesellschafter und das Erfordernis ausreichend freien Vermögens zum Zeitpunkt der Beschlussfassung. Zudem sollte die Gesellschafterliste zum GmbH-Grundbuch mit voller Publizität aufgewertet werden.
SPD	Das Gesellschaftsrecht hat sich, nicht nur zuletzt in Zeiten der Corona-Pandemie, in der Praxis bewährt. Hierfür waren allerdings rechtliche Anpassungen notwendig, bspw. in der Digitalisierung der Gesellschafterversammlungen. So konnten wir die Handlungsfähigkeit der Gesellschaften sicherstellen. Jetzt gilt es, Kontinuität in die Modernisierung des Gesellschaftsrechts zu bringen, um das Recht für das moderne Wirtschaftsleben weiter zu verbessern. Mit der Umsetzung der Digitalisierungsrichtline und der Modernisierung des Personengesellschaftsrechts ist uns hier ein großer Schritt gelungen. Dabei haben wir auch das Recht der Aufsichtsräte im Blick, deren Anforderungsprofil sich mit der Zeit gewandelt hat. Wir wollen dafür sorgen, dass ein rechtssicherer Rahmen geschaffen wird, der die Rechtswirklichkeit widerspiegelt.

© 2021 Audit Committee Institute e.V., assoziiert mit der KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, einer Aktiengesellschaft nach deutschem Recht und ein Mitglied der globalen KPMG-Organisation unabhängiger Mitgliedsfirmen, die KPMG International Limited, einer Private English Company Limited by Guarantee, angeschlossen sind. Alle Rechte vorbehalten.

Partei	Antwort
Freie Demokraten FDP	Als Freie Demokraten fordern wir ein umfassendes Engagement zur Digitalisierung des Gesellschaftsrechts, sowohl bezüglich der rechtlichen Rahmensetzungen bei der Gründung als auch bei den Anforderungen des laufenden Rechtsverkehrs. Hierdurch soll Deutschland als Wettbewerbs- und Justizstandort attraktiv und konkurrenzfähig bleiben. Die Fraktion der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag hat hierzu bereits einen umfassenden Antrag in den Deutschen Bundestag eingebracht[1]. Aus Sicht der Freien Demokraten sollten Gründungen, etwa für GmbH und UG, konsequent im Online-Verfahren durchlaufen werden können, ohne dass ein persönliches Erscheinen der Antragsteller oder das analoge Einreichen der erforderlichen Dokumente erforderlich wäre. Gerade bei börsennotierten bzw. kapitalmarktorientierten Unternehmen bedarf es zudem einer umfassenden Reform zur Stärkung der Corporate Governance. Aufsichtsräte müssen professioneller und unabhängiger werden. Zumindest die Funktion des Aufsichtsratsvorsitzenden sollte im Hauptamt ausgeübt werden. Zudem sollte der Aufsichtsrat über eigene Mittel bzw. ein eigenes Budget, insbesondere zur Begleitung der Abschlussprüfung, verfügen. Die Abschlussprüfer sollten nicht länger dem Vorstand, sondern dem Aufsichtsrat gegenüber berichtspflichtig sein. Dadurch wird die Stellung des – professionalisierten – Aufsichtsrats gestärkt. Dies soll auch bewirken, dass der Aufsichtsrat bei Anzeige über Zweifel in die Integrität des Vorstands bzw. einzelner Vorstandsmitglieder durch den Abschlussprüfer tatsächlich umgehend entsprechende Maßnahmen ergreift[2].
DIE LINKE.	DIE LINKE steht generell für eine Professionalisierung – auch in Aufsichtsräten und Beiräten. Angesichts der unzähligen Skandale (Wirecard, Cum ex, P&R-Anlagebetrug etc.) ist eine Prüfung der Corporate Governance überfällig. Wir brauchen eine bessere Überwachungsfunktion und Verantwortlichkeit der Aufsichtsräte, wobei damit nicht automatisch die Unternehmensführung gesetzeskonform wird. Zusätzlich zu möglichen Änderungen im Aktien- und GmbH-Recht wollen wir eine bessere Bilanzkontrolle, eine effektive Kontrolle und Begrenzung der Marktmacht der dominanten Wirtschaftsprüfungsgesellschaften, einen umfassenden Anlegerschutz (Finanz-TÜV: um im Vorfeld unsinnige, fadenscheinige Anlageprodukte und Geschäftsmodelle nicht zuzulassen), effiziente Finanzämter und eine aktivere BaFin, Schwerpunktstaatsanwaltschaften für Wirtschafts- und Finanzkriminalität sowie ein härteres Unternehmensstrafrecht. Dies alles nutzt den überwiegend rechtschaffenen UnternehmerInnen, Aufsichtsräten und Beiräten.
BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN	Um die Corporate Governance in den Unternehmen zu stärken, fordern wir GRÜNE, dass sich die Anzahl der Aufsichtsratsmitglieder nicht nur an der Unternehmensgröße, sondern auch an Komplexität, Wachstumsdynamik und Risikogehalt des Geschäftsmodells orientieren muss. Aufsichtsräte zumal in Unternehmen von öffentlichem Interesse müssen darüber hinaus auch in ihrer Unabhängigkeit gestärkt werden und sollen über bessere Kontrollrechte und mehr Expertise verfügen. Insbesondere Erfahrungen im Bereich Risikomanagement sind wichtig. Auch sollte der Aufsichtsrat in der Regel eine eigene Budgethoheit für die Bestellung des Abschlussprüfers haben.

1 Vgl. Antrag »Smart Germany – Digitalisierung des Gesellschaftsrechts vorantreiben«, BT-Drs.-19/16478

2 Vgl. BT-Drs.-19/23120

© 2021 Audit Committee Institute e.V., assoziiert mit der KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, einer Aktiengesellschaft nach deutschem Recht und ein Mitglied der globalen KPMG-Organisation unabhängiger Mitgliedsfirmen, die KPMG International Limited, einer Private English Company Limited by Guarantee, angeschlossen sind. Alle Rechte vorbehalten.

Christian Lindner ist Vorsitzender der Freien Demokraten und ihrer Fraktion im Deutschen Bundestag.

Deutschland moderner, freier und digitaler machen

Autor: **Christian Lindner**

Der Handlungsbedarf in Deutschland ist enorm. Viel zu lange wurde das trügerische Bild vermittelt, dass wir das Land bleiben könnten, in dem wir gut und gerne leben, ohne dass wir etwas verändern müssten. Angesichts der aktuellen globalen Dynamik und vielfältiger Herausforderungen ist eine solche Einstellung fatal. Chancen und Risiken waren selten so groß. Werden wir also jetzt das Land, das in uns steckt.

Dafür müssen wir uns zunächst der größten Gefahr für weitere Monate des Stillstands entschlossen entgegenstellen: dem Coronavirus. Ermöglichen wir dafür niedrigschwellige Impfangebote, etwa auf dem Uni-Campus oder vor dem Supermarkt. Werben wir nicht nur auf Deutsch für das Impfen. Und schließen wir endlich einen weiteren Lockdown politisch aus. Die sozialen und wirtschaftlichen Folgeschäden wären nicht verantwortbar.

Stattdessen sollten wir uns für einen Aufholwettbewerb fit machen. Steuererhöhungen wären in der aktuellen Lage Sabotage am Aufschwung. Mit der FDP wird es keine neuen Belastungen für die Bürger und all jene geben, die Verantwortung für Arbeitsplätze tragen. Die Steuerlast von Unternehmen wollen wir auf den OECD-Durchschnitt von rund 25 Prozent senken und den deutschen Sonderweg der Gewerbesteuer beenden.

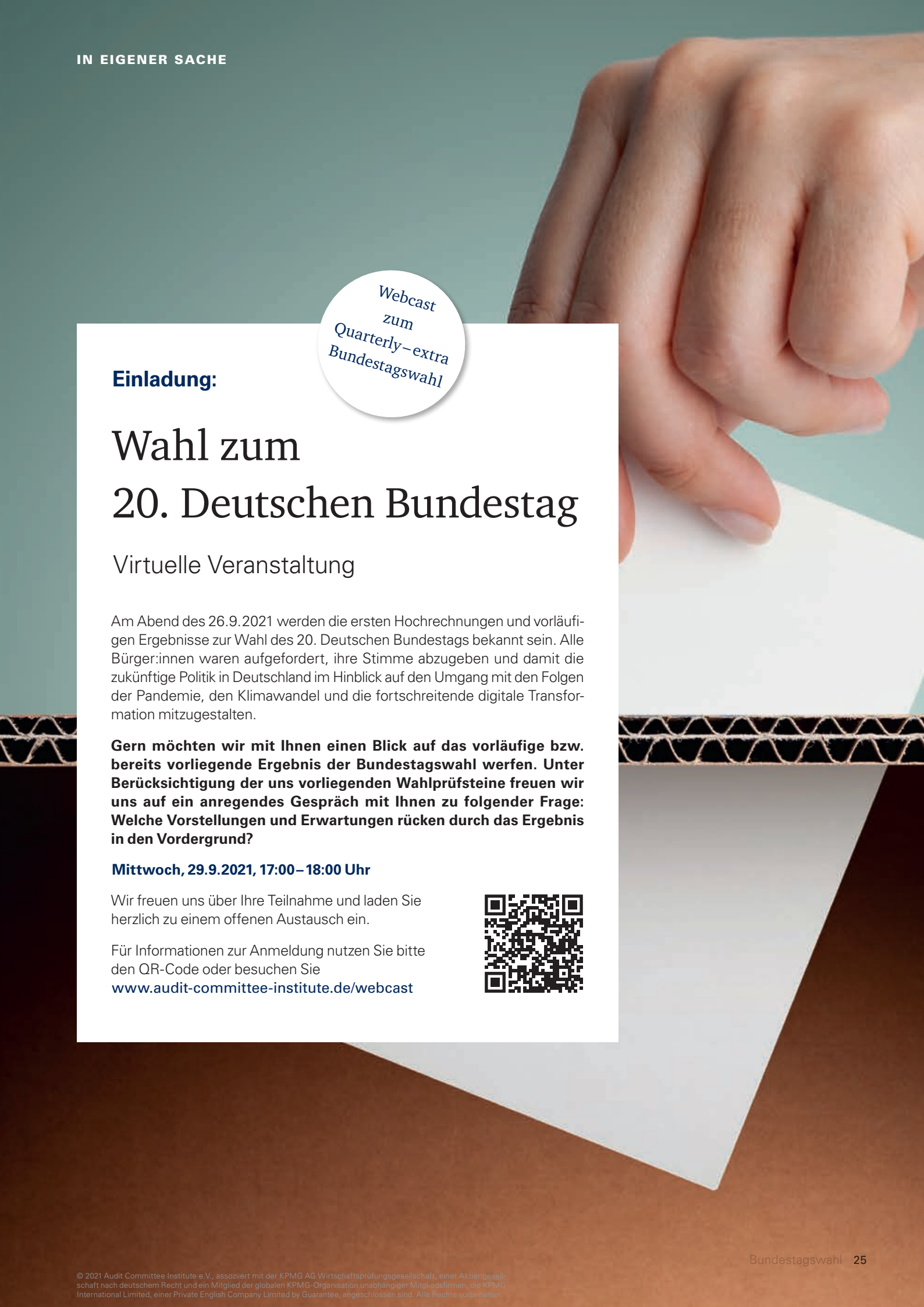
Wohlstand und soziale Sicherheit können nur gewährleistet werden, wenn unsere Betriebe innovative Produkte und Dienstleistungen entwickeln können. Dem muss auch unser Steuerrecht mit einer stärkeren Förderung von Forschung und Entwicklung gerecht werden. Der Staat sollte sich dabei mit politischen Technologieentscheidungen zurückhalten und auf den marktwirtschaftlichen Wettbewerb setzen.

Das gilt auch und insbesondere für die große Menschheitsaufgabe unserer Zeit: Klimaschutz. Unser Anspruch muss es sein, ihn zu einer Chance für Wirtschaft und Fortschritt zu machen. Statt kleinteiliger Regeln und Subventionen brauchen wir dafür ein festes CO_2-Limit, das über einen marktwirtschaftlichen Handelsmechanismus aufgeteilt wird. Das verbessert die Effizienz der Klimapolitik, vermeidet Strukturbrüche wie das unsinnige Verbot des Verbrennungsmotors und belohnt die Speicherung von CO_2.

Den deutschen Unternehmen kommt eine Schlüsselrolle bei der Überwindung der vor uns liegenden Herausforderungen zu. Vertrauen in ihre Corporate Governance-Strukturen ist daher unerlässlich. Nach der Wirecard-Affäre muss dieses nun zurückgewonnen werden. Dafür wollen wir die Rolle der Aktionäre und Aufsichtsräte stärken. Letztere brauchen etwa bei DAX-Unternehmen einen hauptamtlichen Vorsitz und müssen über ein Budget für eigene Untersuchungen verfügen. Auch die Stellung der Wirtschaftsprüfer sollte nun gestärkt werden: Mitarbeiter von zu prüfenden Unternehmen sollten etwa auch rechtlich dazu verpflichtet werden, mit dem Abschlussprüfer zu kooperieren.

Für mich ist klar: Mit der richtigen Politik können die 20er-Jahre zu einem Modernisierungsjahrzehnt werden. Wie es ist, darf es nicht bleiben. Die gute Nachricht ist: Das muss es auch nicht.

© 2021 Audit Committee Institute e.V., assoziiert mit der KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, einer Aktiengesellschaft nach deutschem Recht und ein Mitglied der globalen KPMG-Organisation unabhängiger Mitgliedsfirmen, die KPMG International Limited, einer Private English Company Limited by Guarantee, angeschlossen sind. Alle Rechte vorbehalten.



Webcast zum Quarterly – extra Bundestagswahl

Einladung:

Wahl zum 20. Deutschen Bundestag

Virtuelle Veranstaltung

Am Abend des 26.9.2021 werden die ersten Hochrechnungen und vorläufigen Ergebnisse zur Wahl des 20. Deutschen Bundestags bekannt sein. Alle Bürger:innen waren aufgefordert, ihre Stimme abzugeben und damit die zukünftige Politik in Deutschland im Hinblick auf den Umgang mit den Folgen der Pandemie, den Klimawandel und die fortschreitende digitale Transformation mitzugestalten.

Gern möchten wir mit Ihnen einen Blick auf das vorläufige bzw. bereits vorliegende Ergebnis der Bundestagswahl werfen. Unter Berücksichtigung der uns vorliegenden Wahlprüfsteine freuen wir uns auf ein anregendes Gespräch mit Ihnen zu folgender Frage: Welche Vorstellungen und Erwartungen rücken durch das Ergebnis in den Vordergrund?

Mittwoch, 29.9.2021, 17:00 – 18:00 Uhr

Wir freuen uns über Ihre Teilnahme und laden Sie herzlich zu einem offenen Austausch ein.

Für Informationen zur Anmeldung nutzen Sie bitte den QR-Code oder besuchen Sie
www.audit-committee-institute.de/webcast

© 2021 Audit Committee Institute e.V., assoziiert mit der KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, einer Aktiengesellschaft nach deutschem Recht und ein Mitglied der globalen KPMG-Organisation unabhängiger Mitgliedsfirmen, die KPMG International Limited, einer Private English Company Limited by Guarantee, angeschlossen sind. Alle Rechte vorbehalten.

Kreislaufwirtschaft: Vision für den Turnaround der Erde

Autor: **Dr. Markus Steilemann**

Wir leben seit Jahrzehnten auf Kosten künftiger Generationen – das ist die harte Wahrheit. Viel zu lange haben wir sie ignoriert und füttern stattdessen die Mühlen unseres Systems immer weiter mit endlichen Rohstoffen und leihen uns immer mehr Öl, Kohle, Wasser und Holz von der Erde. Die Zeche, die wir zahlen, ist hoch. Unser globales Ökosystem ist erschöpft.

Der Kollaps könnte schon bald folgen: Bis 2050 werden wohl ungefähr 9,7 Milliarden Menschen unseren Planeten bevölkern – rund zwei Milliarden mehr als heute. Das stellt uns noch einmal vor viel größere Herausforderungen als ohnehin. Bereits jetzt benötigen wir die Ressourcen von 1,7 Erden. Bis 2050 könnte sich dieser Wert fast verdoppeln. Dieses Horrorszenario darf nicht eintreten.

Mut zur Transformation

Wir brauchen den Mut zur echten Transformation. Manchmal kommt es mir so vor, als würden wir uns permanent mit immer neuen Klimazielen überbieten wollen. So bekommen wir die PS aber nicht auf die Straße. Es gilt, jetzt endlich in den Umsetzungsmodus hochzuschalten. Die 2020er-Jahre müssen der Start für Jahrzehnte der Nachhaltigkeit, für mehr Generationengerechtigkeit sein.

Die Bundesregierung hat mit ihrem neuen Klimaschutzgesetz vorgelegt. Bis 2045 wollen wir in Deutschland klimaneutral sein, fünf Jahre früher als ursprünglich geplant. Der »Generationenvertrag für das Klima« soll verhindern, dass es zu »unverhältnismäßigen Einschränkungen der Freiheitsgrundrechte der heutigen jüngeren Menschen« kommt.

Klimaneutralität 2045: Was klingt, als ob es noch in weiter Ferne läge, ist in Wahrheit ganz nah. Wir können, wir müssen heute das Morgen aktiv gestalten. Klar ist aber auch: Deutschland darf mit seiner Klimapolitik nicht allein bleiben. Wir brauchen Verbündete auf der ganzen Welt, um den Planeten für unsere Kinder und Enkel zu erhalten. »Building back better« sollte nach Corona zum neuen Mantra werden. Wir müssen die Zeit nach der Pandemie nutzen, um unsere Art zu leben, zu wirtschaften und zu arbeiten neu zu gestalten – innovativer, digitaler, resilienter und nachhaltiger!

© 2021 Audit Committee Institute e.V., assoziiert mit der KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, einer Aktiengesellschaft nach deutschem Recht und ein Mitglied der globalen KPMG-Organisation unabhängiger Mitgliedsfirmen, die KPMG International Limited, einer Private English Company Limited by Guarantee, angeschlossen sind. Alle Rechte vorbehalten.

Dr. Markus Steilemann ist seit Juni 2018 Vorstandsvorsitzender von Covestro, einem weltweit führenden Anbieter hochwertiger Polymer-Werkstoffe mit Sitz in Leverkusen. Geboren 1970 in Geilenkirchen, studierte Dr. Steilemann Chemie an der RWTH Aachen und schloss mit der Promotion ab. 1999 begann er seine berufliche Karriere bei Bayer. Ab 2008 bekleidete Steilemann Führungspositionen bei Bayer MaterialScience, der Vorgängergesellschaft von Covestro. 2015 wurde er in den Vorstand des Unternehmens berufen.

Breites Engagement

Optimistisch stimmt mich, dass der Klimaschutz endlich in den Köpfen angelangt ist. Staaten sind dabei längst nicht mehr der einzige Taktgeber. Auch andere Akteure übernehmen Verantwortung. Beispiel Europa: Hier geben 96 Prozent der Bürgerinnen und Bürger an, mindestens eine Maßnahme getroffen zu haben, um den Klimawandel einzudämmen.

Unternehmen drücken ebenfalls aufs Tempo, gestützt von immer mehr Anlegern. Das wirkt sich auch positiv auf die Technologieentwicklung aus. Der Umweltvisionär Bertrand Piccard hat seit 2017 mehr als »1000 Clean and Profitable Solutions« zusammengetragen. Auch Bill Gates zeigte in seinem kürzlich erschienenen Buch über den Klimawandel auf, wie viele emissionsarme Lösungen es bereits gibt, die auch von den Kosten her konkurrenzfähig sind. Gleichzeitig wissen wir, welche Technologien dringend weiterentwickelt und einsatzbereit gemacht werden müssen – von der Kernfusion über Biokraftstoffe bis hin zu dürretoleranten Nutzpflanzen.

Der Boden für die grüne Transformation ist also bestellt, eine klimaneutrale Welt längst keine Utopie mehr. Sie kann und soll Realität werden. Dafür muss jeder von uns mit anpacken – auch wenn wir dafür die Komfortzone verlassen müssen. Die Chemie- und Kunststoffindustrie, in der ich tätig bin, geht voran und setzt viele wichtige Impulse. Ihre Innovationen sind Fortschrittstreiber.

Jetzt gilt es, die Anstrengungen aller Akteure in Einklang zu bringen. Dazu braucht es vor allem eines: einen gemeinsamen Fluchtpunkt, auf den unser Denken und Handeln zuläuft, eine Vision, die uns verbindet, antreibt und motiviert. Das ist für mich das Konzept der Kreislaufwirtschaft. Es nimmt sich die Natur als Vorbild. Sie hat uns seit Millionen von Jahren gezeigt, wie Zirkularität funktioniert. Nun liegt es an uns, diese Prozesse technologisch nachzuvollziehen und in möglichst vielen Bereichen unseres Lebens zu integrieren. Die Zielsetzung lautet: Produkte lange und mehrfach verwenden, Abfälle vermeiden und ausgediente Güter als Ressource nutzen.

Kreislaufwirtschaft als globales Leitprinzip

So kann der »Turnaround« gelingen, den unser Planet braucht. Ich bin überzeugt: Mit konsequenter Kreislaufführung schaffen wir es, die überholten Muster in Konsum und Produktion zu durchbrechen. Wir müssen die Zirkularität zum globalen Leitprinzip machen. Und damit einen Dominoeffekt lostreten, der nachhaltige Lösungen für viele globale Herausforderungen nach sich zieht.

Die Chemie- und Kunststoffindustrie ist dabei ein wichtiger Partner. Die Innovationen der Unternehmen sind echte Möglichmacher. Gleichzeitig ist ihre Produktion aber auch klimaintensiv. Aktuell steht die Branche weltweit für 7 Prozent aller Treibhausgasemissionen. Zumindest in Deutschland soll sich das ändern – der Sektor will bis 2050 klimaneutral werden. Und mit der Kreislaufwirtschaft wird das auch gelingen: indem wir nicht mehr fossile Quellen wie Erdöl als Rohstoff verwenden, sondern umweltverträgliche Alternativen: Biomasse, CO_2 und Abfall. Sie liefern erneuerbaren Kohlenstoff, der im Kreis geführt statt verbrannt wird.

Gewaltige Menge an Ökostrom

Diese Rohstoffrevolution hat allerdings ein Nadelöhr. Denn sie ist nur in Kombination mit dem Ausbau erneuerbarer Energien möglich. Allein die Chemie- und Kunststoffbranche braucht davon gewaltige Mengen: ab Mitte der 2030er-Jahre gut 600 Terawattstunden pro Jahr. Das ist mehr, als das gesamte Land heute jährlich an Elektrizität verbraucht. Und: Der Ökostrom muss erschwinglich sein; die Kilowattstunde darf maximal 4 Cent kosten.

All das ist nur zu schaffen, wenn die Energiewende in Deutschland deutlich Fahrt aufnimmt. Momentan hinkt der Ausbau der »Erneuerbaren« den Klimazielen hinterher. Die Politik ist jetzt am Hebel. Sie ist gefragt, richtig gute Rahmenbedingungen zu setzen. Wir müssen wissen, woran wir sind, worauf wir zählen können – für die gigantischen Investitionen, die in den kommenden Jahren anstehen, für die vielen interdisziplinären und supranationalen Innovationsprojekte, die für Kreislaufwirtschaft und Klimaneutralität auf den Weg gebracht werden müssen.

Mut, Entschlossenheit und Flexibilität sind das Gebot der Stunde. Nur so können wir unserer Rolle als Technologieführer während der »grünen Revolution« gerecht werden. Mehr noch: Wir haben es in der Hand, einen gesünderen, robusteren Planeten zu schaffen – eine »Terra sapiens«, wie sie der US-Astrobiologe David Grinspoon ausmalt. Dazu sollte der Homo sapiens imstande sein.

© 2021 Audit Committee Institute e.V., assoziiert mit der KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, einer Aktiengesellschaft nach deutschem Recht und ein Mitglied der globalen KPMG-Organisation unabhängiger Mitgliedsfirmen, die KPMG International Limited, einer Private English Company Limited by Guarantee, angeschlossen sind. Alle Rechte vorbehalten.

Eine gemeinsame Verantwortung

Autorin: **Iris Bethge-Krauß**

Damit öffentliche Banken ihre Verantwortung als Krisenhelfer und Zukunftsgestalter weiterhin wahrnehmen können, braucht es die passenden Rahmenbedingungen – verantwortlich dafür ist auch die nächste Bundesregierung.

Die Corona-Pandemie war eine Zäsur für uns als Gesellschaft und für unsere Wirtschaft. Doch dank der mittlerweile guten Impfquote kehrt Stück für Stück die Normalität zurück. Und auch ökonomisch kommt Deutschland im Vergleich zu vielen anderen Ländern stabil aus der Krise.

Politik und öffentliche Banken sind Partner bei der Krisenbewältigung

Das liegt auch daran, dass Politik und Finanzwirtschaft gemeinsam Verantwortung übernommen haben. Die Förderbanken des Bundes und der Länder haben die von der Politik aufgelegten Förderprogramme effizient und unbürokratisch umgesetzt. Auch die Landesbanken konnten durch Kredite die Liquidität der von der Pandemie betroffenen Unternehmen sichern.

Klar ist: Öffentliche Banken sind Stabilitätsanker in Krisenzeiten – das zeigt sich auch aktuell bei der Bewältigung der ökonomischen Schäden durch die Flutkatastrophe.

Corona-Pandemie belastet Banken längerfristig

Öffentliche Kreditinstitute werden auch gefordert sein, wenn es darum geht, den Aufschwung der deutschen Wirtschaft nach der Corona-Pandemie durch die ausreichende Ausgabe von Krediten zu unterstützen. Dabei bleiben auch die Banken nicht vollständig unbelastet von den Auswirkungen der wirtschaftlichen Eintrübung. Ein Anstieg der notleidenden Kredite in den nächsten Monaten ist absehbar.

Deshalb ist es wichtig, dass in der kommenden Phase, in der sich die Wirtschaft erholen und wieder anlaufen muss, die Kreditvergabe der Institute nicht durch regulatorische Maßnahmen übermäßig belastet wird.

Regulatorische Projekte müssen auf den Prüfstand

Vor diesem Hintergrund müssen alle regulatorischen Maßnahmen auf den Prüfstand gestellt werden. Geplante Regulierungsvorhaben, die sich negativ auf die Kreditvergabe auswirken würden, sollten grundsätzlich überdacht oder zumindest verschoben werden, da ursprünglich anvisierte Zeitpläne und Umsetzungszeiträume nicht mehr angemessen sind. Zudem sollten die Erleichterungen, die Kreditinstitute und Unternehmen im Rahmen der Corona-Krise erfahren haben, nur mit Augenmaß und entsprechendem zeitlichen Vorlauf zurückgenommen werden.

Digitalisierung und Nachhaltigkeiten haben einen Schub bekommen

Neben den direkten ökonomischen Auswirkungen der Krise hat Corona auch Trends wie Digitalisierung und Nachhaltigkeit massiv verstärkt. Durch die gezielte Vergabe von Fördermitteln und Krediten unterstützen öffentliche Banken die Digitalisierung von Strukturen und Prozessen in Unternehmen und Organisationen. Gleichzeitig stellen sie sich selbst digital neu auf und investieren in die digitalen Fähigkeiten ihrer Mitarbeiter. Gleiches gilt für das Thema Nachhaltigkeit.

© 2021 Audit Committee Institute e.V., assoziiert mit der KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, einer Aktiengesellschaft nach deutschem Recht und ein Mitglied der globalen KPMG-Organisation unabhängiger Mitgliedsfirmen, die KPMG International Limited, einer Private English Company Limited by Guarantee, angeschlossen sind. Alle Rechte vorbehalten.

Foto: © Dominik Butzmann

Iris Bethge-Krauß (*1969) ist seit dem 1.6.2017 Hauptgeschäftsführerin des Bundesverbandes Öffentlicher Banken Deutschlands, VÖB. Zuvor war sie Teil der Geschäftsführung des Bundesverbandes Deutscher Banken, BdB. Von 2003 bis 2009 verantwortete sie die Kommunikation von Ursula von der Leyen, zunächst auf Landesebene, ab 2005 auf Bundesebene. Bethge-Krauß ist u. a. Beiratsvorsitzende der VÖB Service GmbH, Aufsichtsratsmitglied von »Deutschland – Land der Ideen« und Mentorin der Quadriga Hochschule Berlin. Den vollständigen Lebenslauf finden Sie unter: *https://www.voeb.de/cv/ibk*

Öffentliche Banken nehmen somit bei diesen Zukunftsthemen ihre gesellschaftliche Verantwortung wahr und treiben die Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft mit viel Engagement voran. Doch damit öffentliche Banken dies auch zukünftig tun können, braucht es die entsprechenden Rahmenbedingungen.

Nachhaltigkeitsregulierung muss praxisnah sein

Gezielte Finanzmarktregulierung ist ein richtiges Instrument zur Integration von Nachhaltigkeit. Doch eine zu hohe Komplexität – wie beispielsweise bei der Offenlegung von Nachhaltigkeitsaspekten im Rahmen der EU-Taxonomie – baut gerade für kleinere Akteure Hürden auf, verlangsamt den Umsetzungsprozess und lässt die Regulierungskosten enorm ansteigen. Deshalb sollte nachhaltigkeitsorientierte Finanzmarktregulierung die Besonderheiten des deutschen Bankensystems sowie jene des Klein- und Mittelstandes stärker berücksichtigen und praxisnah erfolgen. So wird sie zu einem entscheidenden Hebel bei der schnellen operativen Umsetzung von Nachhaltigkeit.

Neben gezielter Regulierung sind auch marktinitiierte Lösungen nötig. Dabei wird die stärkere Beachtung von Wirtschaftlichkeitsaspekten und, bei langlaufenden Finanzierungsprojekten, die konsequente Berücksichtigung der Lebenszyklusperspektive auch im Rahmen der Finanzierung langfristig Risiken senken und Zukunftssicherung garantieren.

Zudem sollten sich mögliche regulatorische Vorgaben, insbesondere mit Auswirkungen auf die Kapitalunterlegung, streng am Risikogehalt der betriebenen Geschäfte orientieren. Für ein solch herausforderndes Vorhaben wie der nachhaltigen Transformation unserer Wirtschaft sind neben der Sustainable Finance-Regulierung dringend auch branchenspezifische Übergangszeiträume sowie eine wirtschafts-, umwelt- und fiskalpolitische Flankierung vonnöten.

Digitaler Wettbewerb braucht faire Bedingungen

Deutschland und Europa haben es sich zum Ziel gesetzt, digitale Souveränität zum Leitbild daten- und digitalisierungspolitischer Entscheidungen zu machen. Ein europaweit einheitlicher regulatorischer Rahmen für die Datenpolitik, der Aufbau eigener Cloudinitiativen sowie ein digitaler Euro sind entscheidend, um selbstbestimmt agieren zu können.

Wichtig ist, dass neue Anbieter und Produkte adäquat zur Banken- und Finanzmarktregulierung behandelt werden. Um einen fairen Wettbewerb zu garantieren, ist es grundlegend, dass für Anbieter vergleichbarer Dienstleistungen und Produkte dieselben Anforderungen gelten.

In der Konkurrenz privater und staatlicher Währungen ist ein digitaler Euro zukünftig ein notwendiges Instrument. Dabei muss der digitale Euro mit Augenmaß angegangen werden: Er sollte unbedingt mit einer definierten Rolle von Banken einhergehen, um mögliche Risiken zu minimieren und existente Steuerungsmöglichkeiten der EZB auch auf eine digitale Währung zu erhalten. Das zweigeteilte Geldsystem mit Zentralbank- und Giralgeld muss auch mit der Einführung des digitalen Euros bestehen bleiben.

Gemeinsam Verantwortung tragen

Während der Corona-Krise haben öffentliche Kreditinstitute die Wirtschaft stabilisiert. Und auch nach der Pandemie werden sie gefordert sein, wenn es gilt, den Wiederaufschwung zu befördern und die Transformation hin zu mehr Digitalisierung und Nachhaltigkeit voranzutreiben. Die öffentlichen Banken stehen zu ihrem gesellschaftlichen Auftrag und sind bereit, auch zukünftig gemeinsam mit der Politik Verantwortung zu tragen. Damit dies gelingt, braucht es die passenden Rahmenbedingungen. Hier liegt die Verantwortung auch bei der nächsten Bundesregierung.

© 2021 Audit Committee Institute e.V., assoziiert mit der KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, einer Aktiengesellschaft nach deutschem Recht und ein Mitglied der globalen KPMG-Organisation unabhängiger Mitgliedsfirmen, die KPMG International Limited, einer Private English Company Limited by Guarantee, angeschlossen sind. Alle Rechte vorbehalten.

»Finishing Unfinished Business« – Finanzpolitische Prioritäten für eine neue Bundesregierung: Schnelle Vervollständigung der Bankenunion und Einführung einer innovationsfreundlichen Regulierung für Krypto-Assets- und Blockchain-Dienstleistungen

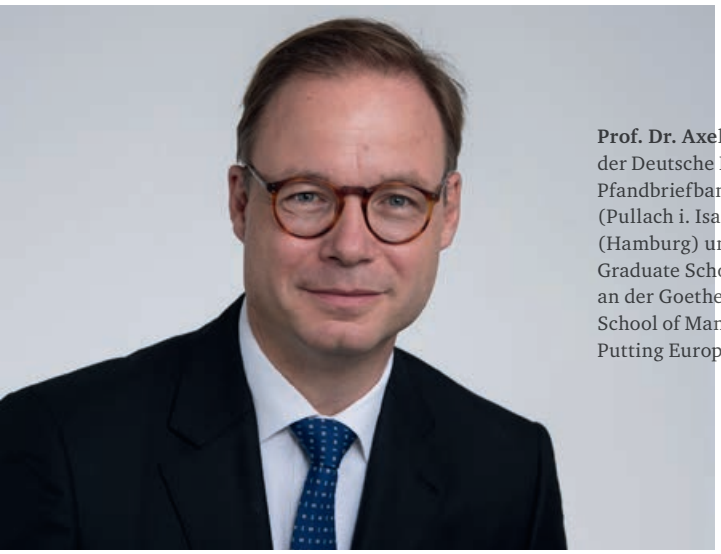
Autor: **Prof. Dr. Axel Wieandt**

Am 26. September findet die Bundestagswahl statt. Die aktuellen Umfragen deuten darauf hin, dass es eine neue Regierungskoalition geben kann. Grund genug, an dieser Stelle die Erwartungen an die Finanzpolitik der neuen Bundesregierung zu formulieren. Natürlich ist die Liste der Erwartungen der Finanzbranche lang und reicht von weniger Regulierung sowie ausgeglichenen Wettbewerbsbedingungen für Fintechs und etablierte Finanzdienstleister bis hin zu einer konsequenten Umsetzung des Proportionalitätsprinzips bei der Beaufsichtigung von kleineren Instituten. Oberste Priorität sollte die längst überfällige Vervollständigung der Bankenunion und die Schaffung eines innovationsfreundlichen Regulierungsrahmens für Krypto-Assets und -Dienstleistungen sein.

Die **Bankenunion** wurde als Reaktion auf die Finanzkrise und die sich daraus ergebende Euro-Staatsschuldenkrise ins Leben gerufen. Grundlage für die Schaffung der Bankenunion und die notwendige Veränderung war das sog. finanzielle Trilemma, nämlich die Unvereinbarkeit von Finanzstabilität, nationaler Finanzmarktpolitik und Finanzmarktintegration in der Eurozone. Aufbauend auf einem einheitlichen Regelwerk wurde entsprechend ein einheitlicher Bankenaufsichts- und Abwicklungsmechanismus etabliert.

Als dritte Säule ist eine **einheitliche europäische Einlagensicherung** in Arbeit, deren Vollendung bisher am Veto zahlreicher EU-Mitgliedsstaaten scheiterte. Dabei kommt der Errichtung dieser Säule eine wichtige Rolle bei der Durchbrechung des Teufelskreises aus zu enger Verflechtung zwischen nationalen Banken und Nationalstaaten zu. Wenn die Sparer europaweit einheitlich geschützt sind, ohne dass die jeweiligen Nationalstaaten im Krisenfall zur Rettung des nationalen Finanzsystems gezwungen sind, bedingen Schieflagen von systemrelevanten Banken nicht automatisch mehr Schieflagen von Eurostaaten.

© 2021 Audit Committee Institute e.V., assoziiert mit der KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, einer Aktiengesellschaft nach deutschem Recht und ein Mitglied der globalen KPMG-Organisation unabhängiger Mitgliedsfirmen, die KPMG International Limited, einer Private English Company Limited by Guarantee, angeschlossen sind. Alle Rechte vorbehalten.



Prof. Dr. Axel Wieandt, vormals u. a. Global Head of Corporate Development / Corporate Investments der Deutsche Bank AG und Vorstandsvorsitzender der Hypo Real Estate sowie der pbb Deutsche Pfandbriefbank AG, ist heute Aufsichtsratsvorsitzender der Hannover Leasing Investment GmbH (Pullach i. Isartal) und Senior Advisor, u. a. bei auxmoney Europe Holding Ltd. (Dublin), Exporo AG (Hamburg) und HPE Growth (Düsseldorf). Er ist außerdem Adjunct Professor Finance an der Kellogg Graduate School of Management, Northwestern University (Evanston, Illinois), Lehrbeauftragter an der Goethe Business School (Frankfurt a. M.) und Honorarprofessor an der WHU – Otto Beisheim School of Management (Vallendar). Axel Wieandt ist Autor der Publikation »Unfinished Business: Putting European Banking (and Europe) Back on Track« (V&R unipress, Göttingen, 2017).

Die jüngsten geldpolitischen Maßnahmen der EZB in Verbindung mit einer Ausweitung der Staatsverschuldung zur Bekämpfung der Corona-Pandemie führten zu einer Verschlechterung der Situation in der Eurozone. Laut S&P Global sind bereits in den ersten 9 Monaten des vergangenen Jahres die Bestände an Staatsanleihen auf den Bilanzen der europäischen Banken um über 200 Mrd. EUR angewachsen. Neben der erhöhten Liquiditätshaltung von Haushalten und Unternehmen in der Pandemie haben dazu auch längerfristige Refinanzierungsgeschäfte (LTROs) der EZB beigetragen, die mit günstigen Repo-Konditionen eine Möglichkeit für sog. Carry-Trades schufen. Denn es gibt immer noch weder eine Risikogewichtung noch eine Großkreditgrenze für Exposure gegenüber Staaten der Eurozone. Die Nullgewichtung wäre nur für »Safe Asset« gerechtfertigt. Die Anleihen vieler europäischer Staaten können nicht als ein solches gelten. Letztlich stellt sich also die Frage, wie genau ein zukünftiges **europäisches »Safe Asset«** aussehen soll.

Aber auch die richtige Weichenstellung für die **digitale Zukunft** der europäischen Finanzwirtschaft hat Priorität. Hierbei kommt vor allem einer innovationsfreudigen Regulierung von Krypto-Assets und -Dienstleistungen sowie der ihnen zugrunde liegenden Blockchain-/Distributed Ledger-Technologie (DLT) eine besondere Bedeutung zu. Diese Technologie ermöglicht den Transfer von Wertgegenständen über das Internet. Der Konsument gewinnt Autonomie zurück und ist nicht mehr auf Finanzintermediäre angewiesen. Zu den zu klärenden Themenkomplexen bei DLT gehören Fragen der Anonymität, Datensicherheit, Governance, Verlässlichkeit von Software, Verfügbarkeit des Internets, des Verbraucherschutzes und der Geldwäscheprävention, um nur einige zu nennen.

Die EU-Kommission hat die Bedeutung dieser neuen Plattformtechnologie für die Finanzwirtschaft erkannt und entsprechend bereits im vergangenen Jahr die **Markets in Crypto-Assets (MiCA)-Verordnung** auf den Weg gebracht. MiCA soll Regeln für die Herausgabe von und Dienstleistungen rund um Krypto-Assets setzen. Besonders strenge Anforderungen sind für E-Geld-Token und sog. Stablecoins vorgesehen, die künftig genehmigungspflichtig werden.

Die neue Bundesregierung sollte sich für eine zügige Finalisierung und Umsetzung der Verordnung einsetzen. Denn rechtliche und regulatorische Sicherheit und ein europaweit harmonisiertes Regelwerk tragen dazu bei, dass ein großer, attraktiver **Markt für DLT- und Blockchain-Dienstleistungen** entsteht. Es ist nicht verwunderlich, dass eine Regulierung, die auf die Überwachung von Institutionen abstellt, sich anfänglich schwertut mit öffentlichen (permissionless) Blockchains oder auch mit dem dezentralisierten Finanzuniversum. Erst wenn der Gesetzgeber wirklich versteht, dass Transaktionen auf einer Blockchain einfacher nachvollziehbar sind als zwischen einer Kette von Finanzinstitutionen, könnte es vorstellbar sein, dass sich die Aufsicht auf Blockchains aufschaltet und in Echtzeit das Transaktionsgeschehen mitliest und überwacht. Das würde die Marktteilnehmer von erheblichen Aufwendungen der Informationsbereitstellung für die Aufsichtsbehörden befreien. Durch Blockchain/DLT wird auch die Aufsicht wesentlich effizienter.

Ebenso wichtig wie die MiCA ist die **Einführung eines digitalen Euros.** Die neue Bundesregierung muss das Gewicht Deutschlands in die politische Waagschale Europas werfen und durchsetzen, dass die EZB zügig, entschlossen und technologisch weitsichtig handelt. Wie die Einführung des Euro ist auch die Einführung eines digitalen Euro in erster Linie ein politisches Projekt. Die bisher diskutierten Lösungen greifen zu kurz und bringen keinen wirklichen Fortschritt gegenüber privaten Zahlungsverkehrsdienstleistungen. ←

© 2021 Audit Committee Institute e.V., assoziiert mit der KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, einer Aktiengesellschaft nach deutschem Recht und ein Mitglied der globalen KPMG-Organisation unabhängiger Mitgliedsfirmen, die KPMG International Limited, einer Private English Company Limited by Guarantee, angeschlossen sind. Alle Rechte vorbehalten.

»Ich wünsche mir einen unkomplizierten Staat, der aber endlich die komplexen Herausforderungen angeht«

Autor: **Fabian Kienbaum**

So oft bemüht wie zutreffend ist die Phrase vom »rasanten Wandel«. Dabei wird sich alles noch viel »rasanter« verändern. Mal angenommen, der kommende Kanzler oder die nächste Kanzlerin ist acht, zwölf oder wie Angela Merkel 16 Jahre im Amt: Wie sieht die Welt dann aus? Wenn meine Kinder die Grundschule verlassen, werden wir vermutlich ein Quanten-Web als Basis unserer Wirtschaft verwenden, in Smart Citys leben, den Klimawandel noch intensiver spüren – um nur einige Beispiele zu nennen.

Was kann eine Bundesregierung in den kommenden Jahren für die Zukunft meiner Kinder tun? Was für mich als Bürger und Unternehmer? Für meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und ihre Kinder? Weniger, als manche sich vom Staat erwarten. Aber weitaus mehr, als dieser träge, inhaltsarme Wahlkampf glauben lässt. Fest steht: Wir haben wirklich keine Zeit mehr für den kleinsten gemeinsamen Nenner!

Denn noch nie in der Wirtschaftsgeschichte mussten Unternehmen mit **zwei Revolutionen** gleichzeitig fertigwerden: Nun stehen sie zwischen Chancen und Herausforderungen der Digitalen Revolution und der Transformation zu mehr Nachhaltigkeit. Deutschlands Arbeitswelt wird sich bis 2030 fundamental wandeln mit fünf Millionen Menschen, die in Rente gehen, und über einer Million, deren Jobs es bis dahin nicht mehr geben wird.

Wenn Deutschland ein Schiff wäre, das auf offener See treibt, hätte die neue Crew nun zwei Möglichkeiten: Sie könnte halbherzig auf günstigen Wind warten. Oder sie könnte mit aller Anstrengung alles dafür tun, dorthin zu gelangen, wohin sie will. Das Problem ist: Dem Schiff geht es nicht gut. Es gibt Risse im Bug (veraltete Infrastruktur). Die Segel sind nicht im besten Zustand (verschleppte Digitalisierung). Die Medikamente gehen aus (Gesundheitssystem nicht digitalisiert und schlecht finanziert). Die Kasse ist leer (hohe Verschuldung). Die Mannschaft ist veraltet (Demografie, Rentensystem) und die Crew weiß teilweise nicht, was sie tun soll (veraltetes Bildungssystem).

Das Schiff muss eilig auf Kurs gebracht werden. Wir können uns nicht auf den Zufall des günstigen Windes verlassen. **Wir brauchen eine Neugründung Deutschlands!** Einen Kraftakt. Notfalls rudern wir so lange, bis die Strömung günstig ist und der Rückenwind der Sozialen Marktwirtschaft wieder voll bläst. Sie hat uns zum Wohlstand geführt und wird dies weiterhin tun. Sie funktioniert aber nur mit Vertrauen in den Menschen.

© 2021 Audit Committee Institute e.V., assoziiert mit der KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, einer Aktiengesellschaft nach deutschem Recht und ein Mitglied der globalen KPMG-Organisation unabhängiger Mitgliedsfirmen, die KPMG International Limited, einer Private English Company Limited by Guarantee, angeschlossen sind. Alle Rechte vorbehalten.

Fabian Kienbaum ist Co-Chief Empowerment Officer (Co-CEO) der Kienbaum Consultants International GmbH in gemeinsamer Verantwortung mit Dr. Bibi Hahn. 2014 stieg er in die familien- und partnergeführte Beratungsgesellschaft Kienbaum ein. Zuvor arbeitete er in einer amerikanischen Unternehmensberatung in London.

Doch genau das fehlte mir zuletzt – womit wir beim **ersten** der drei **Segel** sind, die das Schiff auf Kurs bringen: Der neue Kapitän oder die neue Kapitänin muss jeden in der Mannschaft ansprechen und zum **eigenverantwortlichen Handeln** motivieren. Wir brauchen ein Ende der Infantilisierung der Bürger. Eine Politik mit einem anderen Menschenbild, die von kleinteiligen Regeln absieht, weil es an die Vernunft in uns glaubt. Verantwortung statt Verbote. Ein Stichwort wäre Mitarbeiter-Kapitalbeteiligung für den Vermögensaufbau, aber vor allem als Finanzierungsquelle für Start-ups. Apropos: Gründen muss leichter und die Unterstützung stärker werden – geprägt vom Vertrauen in den einzelnen oder die einzelne.

Das gilt auch für den Klimaschutz: Gerade wir jüngeren Unternehmer:innen stehen 100%ig hinter »Führung for Future« im Sinne einer Sustainable Leadership. Doch was wir nicht wollen, ist ein Staatsausgabenprogramm, bei dem Betriebe erst auf breiter Front zur Kasse gebeten werden, um dann einige nach bisher unklaren Prinzipien handverlesene Firmen zu subventionieren. Der Pfad zur Nachhaltigkeit geht über den »Mittelweg« Soziale Marktwirtschaft, und zwar mit einer Schuldenbremse, um nicht noch mehr Kosten auf die junge Generation abzuwälzen. Das wesentliche Mittel sollte ein europaweiter Emissionshandel sein.

Das **zweite Segel lautet Familien- und Bildungspolitik:** Deutschland kann angesichts der enormen Herausforderungen nicht auf Frauen in Führungspositionen verzichten. Die Politik ist weder auf Parteiebene noch im Bundestag noch in der Verwaltung vorbildhaft. Und erst recht tut sie nicht genug, das beginnt bereits bei der Kita-Infrastruktur. Noch schlimmer sieht es in der Bildung aus. Das allein wäre einen Beitrag wert. Kurz: Hier brauchen wir eine Revolution beginnend mit mehr Autonomie der Schulen.

Das **dritte Segel sind bessere Rahmenbedingungen** für die, die Menschen beschäftigen: Eine Besteuerung von Unternehmen auf OECD-Durchschnitt wäre auch wünschenswert. Den Sonderweg der Gewerbesteuer braucht es in meinen Augen nicht, lieber überall in Europa einen möglichst einheitlichen Rahmen. Dringend notwendig wäre die steuerliche Förderung von Forschung und Entwicklung, verkürzte Abschreibungsbedingungen für digitale Güter wären zeitgemäß. Nicht zuletzt für den etablierten Mittelstand braucht es eine wettbewerbstaugliche Infrastruktur auch in ländlichen Regionen, also 5G, und zwar schnell.

Weitere Wünsche in Kurzfassung: Eine zeitgemäße Verwaltung. Weniger Bürokratie, schnellere Genehmigungsverfahren und digitalisierte Behörden statt Faxgeräte. Maximal 50 Prozent Sozialausgaben, die dafür aber effektiv investiert. Akzeptable Kosten für Energie im Zuge einer durchdachten Nachhaltigkeitswende. Rahmenbedingungen für mehr private Investitionen. Ein digitalisiertes, solide finanziertes Gesundheitssystem mit Eigenvorsorge. All das in einem europäischen Kontext, damit Unternehmen grenzübergreifend arbeiten können und wir zwischen Asien und Amerika nicht zerrieben werden. Im Gegenteil hoffe ich auf einen transatlantischen Wirtschaftsraum mit freiem Handel.

Meine Kinder sollen Schulen besuchen, die nicht mehr aus der Kreidezeit stammen. In dem sich der Markt als der bessere Klimaschützer beweisen darf. Sie sollen in einem Land groß werden, in dem die Einkommen schneller steigen als die Steuern. In dem der Staat nicht jeden zu retten verspricht und alles kontrolliert. Und ich möchte ihnen an ihrem 18. Geburtstag erzählen, dass in Deutschland Generationengerechtigkeit herrscht. Ich wünsche mir schlichtweg einen unkomplizierten Staat, der aber endlich die komplexen Herausforderungen angeht.

© 2021 Audit Committee Institute e.V., assoziiert mit der KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, einer Aktiengesellschaft nach deutschem Recht und ein Mitglied der globalen KPMG-Organisation unabhängiger Mitgliedsfirmen, die KPMG International Limited, einer Private English Company Limited by Guarantee, angeschlossen sind. Alle Rechte vorbehalten.

Weichenstellung Bundestagswahl – Transformation im öffentlichen Sektor

Autor: **Torsten Kaiser**

Die Corona-Pandemie hat beschleunigt, was seit Jahren nicht konsequent verfolgt und umgesetzt wurde: den Wandel von der alten analogen in die digitale nachhaltige Welt und Wirklichkeit. Diesen Schritt nun auch zu gehen ist eine der vordringlichsten Aufgaben der Verwaltung. Nur dann kann der Standort Deutschland international wettbewerbsfähig bleiben.
Die Zeit von »Das haben wir immer so gemacht« ist auch im öffentlichen Sektor vorbei. Mit der Bundestagswahl werden die Weichen für die Zukunft gestellt. Jede künftige Bundesregierung, gleich welcher Farbkombination, wird diese Aufgabe lösen müssen und darf dabei keine Zeit verlieren.

Mehr Geschwindigkeit in der Modernisierung: Beispiel Fortentwicklung des Rechts

Die Fortentwicklung des Rechts vor dem Hintergrund einer sich dynamisch entwickelnden Wirklichkeit muss deshalb auch dynamischer werden. Dass dabei die Prinzipien des Rechtsstaates und der Gewaltenteilung nicht über Bord geworfen werden dürfen, versteht sich von selbst. Gewaltenteilung – einer der Grundpfeiler der Demokratie – steht nicht im Widerspruch zu einer schnelleren Fortentwicklung des Rechts. Regierungen und Parlamente haben in der Pandemie erkannt, wie wichtig es ist, dass bei der Gesetzgebung vieles sehr schnell umgesetzt werden muss. Beispielsweise wurde das Infektionsschutzgesetz innerhalb von nur einer Woche novelliert. Eine generelle Beschleunigung bei Gesetzgebungsverfahren ist eine der wichtigsten Aufgaben. Nur so können wir für die drängenden Fragen in einer von schnellen Veränderungen geprägten Zeit ebenso schnell Antworten finden, erst recht, bevor uns andere im Wettbewerb der globalisierten Standorte überholen. Damit einhergehen muss das Bekenntnis zu einer Fehlerkultur, getreu dem altbekannten Motto: Wo entschieden wird, werden auch Fehler gemacht. Fehler kann man nämlich im Zweifel immer noch korrigieren.

Umdenken in den Köpfen gefordert: Digitale Kompetenz und Mentalitätswechsel

Bei der Besetzung von Positionen in der Verwaltung muss künftig – wie bereits in der Wirtschaft – die digitale Kompetenz wesentlicher Bestandteil der Anforderungsprofile sein. Das gilt vor allem für Führungskräfte, die auch Vorbild für ihr Team sind. Das Wichtigste in diesem Transformationsprozess ist es, einen grundlegenden Mentalitätswechsel zu erreichen: weg von »Das haben wir schon immer so gemacht.« und hin zu »Wie können wir es künftig besser machen?«. Das

© 2021 Audit Committee Institute e.V., assoziiert mit der KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, einer Aktiengesellschaft nach deutschem Recht und ein Mitglied der globalen KPMG-Organisation unabhängiger Mitgliedsfirmen, die KPMG International Limited, einer Private English Company Limited by Guarantee, angeschlossen sind. Alle Rechte vorbehalten.

Torsten Kaiser ist Partner und leitet den Bereich Government für die KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft in Deutschland. Er ist zudem EMA Sector Head für Consulting Government & Public Sector.

Verwaltungshandeln insgesamt muss deshalb auf den Prüfstein: Hierarchien, Entscheidungsabläufe, Schriftgutverwaltung (die elektronische Akte ist oft noch ein Fremdwort) und das Vergabewesen. Hierbei hat die Verwaltung zwar schon erste Schritte unternommen und z. B. den Austausch mit der Wirtschaft gesucht, sich mit Start-ups vernetzt und Projekte an Hochschulen und Forschungseinrichtungen angestoßen. Worauf es aber jetzt einmal mehr ankommt, ist, dass der Mentalitätswechsel in der DNA eines jeden Beschäftigten in der öffentlichen Verwaltung verankert wird. Das gilt es jetzt umzusetzen und nicht erst wieder ewig zu planen.

Strukturen überprüfen: Das föderale System weiterentwickeln

Sehr oft wird die Frage nach der Zukunftsfähigkeit unseres föderalen Systems gestellt. Mit Bund, Ländern, häufig Bezirksregierungen, Landkreisen und Gemeinden haben wir bis zu fünf Verwaltungsebenen, die Entscheidungen treffen. Kritikern an unserem föderalen System ist entgegenzuhalten, dass wir in Deutschland mit dieser Struktur seit über 70 Jahren sehr gut gefahren sind und damit auch weiterhin sehr gut fahren werden. Der Zentralstaat kann zwar manches, aber eben nicht alles besser machen. Es ist trotzdem an der Zeit zu schauen, wo Doppelzuständigkeiten und konkurrierende Zuständigkeiten abgebaut und Entscheidungsketten verkürzt werden können. Das spart Zeit und Ressourcen und führt obendrein zu einer höheren Zufriedenheit der Kunden, die öffentliche Dienstleistungen empfangen oder von Verwaltungsentscheidungen, z. B. bei Bauvorhaben, abhängen.

Dagegen sind bei der drängenden Zukunftsaufgabe Digitalisierung, Zentralität und Föderalismus kein Widerspruch, denn hierbei kommt es vor allem darauf an, einheitliche Standards zu setzen. Die Ausstellung eines Personalausweises ist z. B. der gleiche Vorgang, egal ob in Flensburg, Berchtesgaden, Köln oder Berlin. Hierin sollte das gleiche System bundesweit vernetzt zum Einsatz kommen. Auch die Aufstellung eines Bebauungsplans ist im Grundsatz überall identisch. Länderbaurechte oder Gemeindesatzungen können im System eingepflegt werden – erst recht, wenn es um automatisierte Lösungen geht. Eigener Standards oder Systeme bedarf es dann künftig nur noch dort, wo es regionale Einzigartigkeiten gibt. Das spart Kosten bei der Entwicklung, beim Hosting und beim Service.

Kleinstaaterei des 21. Jahrhunderts beenden: Einheitliche Standards bei Digitalisierung

Bei der Digitalisierung gilt grundsätzlich: Der Staat sollte den rechtlichen und planerischen Rahmen setzen. Er ist überall dort Dienstleister, wo es wirtschaftlicher für den Nutzer oder im Sinne der Diskriminierungsfreiheit notwendig ist, oder wenn es bei wichtigen Versorgungsfragen zu einem Marktversagen kommt – beispielsweise bei der Breitbandversorgung in dünn besiedelten Räumen.

Ein Beispiel für diesen Grundsatz ist das autonome Fahren. Dabei kann der Staat nicht die Aufgabe haben, die Automatisierungssysteme in den Fahrzeugen vorzugeben und sogar selbst oder durch Lizenznehmer zu produzieren. Autonomes Fahren zeigt aber, dass es um die frühzeitige Setzung eines Standards geht. Bedienen sich nämlich alle Wettbewerber dieses Standards und entwickeln darauf aufbauend ihr System der Steuerung, dann wird das autonome Fahren bald und vor allem sicher gelingen.

Im Setzen von Standards liegt die wahre Gestaltungsmacht, aber auch -pflicht, des Staates. Seinen Bürgern gibt er damit die Sicherheit, dass in ganz Deutschland und gegebenenfalls auch in Europa der gleiche Standard gilt, auf den sie sich verlassen können.

Verpflichtung gegenüber kommenden Generationen: Grundsatz der Nachhaltigkeit

Die Einhaltung der Grundsätze der Nachhaltigkeit muss bei allen Regulierungen und Transformationsprozessen selbstverständlich sein. Ohne Berücksichtigung der Umwelt, sozialem Miteinander und verantwortungsvollen Aufsichtsstrukturen werden wir die Herausforderungen der Zukunft nicht meistern können. →

© 2021 Audit Committee Institute e.V., assoziiert mit der KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, einer Aktiengesellschaft nach deutschem Recht und ein Mitglied der globalen KPMG-Organisation unabhängiger Mitgliedsfirmen, die KPMG International Limited, einer Private English Company Limited by Guarantee, angeschlossen sind. Alle Rechte vorbehalten.

Das Bundesverfassungsgericht hat klargemacht, dass das Grundgesetz den Staat zum Klimaschutz verpflichtet, um grundrechtliche Freiheiten der künftigen Generationen zu wahren. Nachhaltigkeit bedeutet neben der Schonung natürlicher Ressourcen aber auch wirtschaftliches Handeln. Denn neben dem Erhalt der natürlichen Ressourcen ist der Erhalt von finanziellen Gestaltungsspielräumen der öffentlichen Hand eine Verpflichtung gegenüber der nächsten Generation. Durch die Digitalisierung können Ressourcen eingespart und somit finanzielle Mittel zur Gestaltung der Zukunft freigemacht werden. Dazu bekennt sich auch die Europäische Union, die die Digitalisierung als eine wesentliche Voraussetzung zur Erreichung der Nachhaltigkeitsziele ansieht.

Knappe Haushaltsmittel klug nutzen: Konsequent in Transformationsprojekte investieren

Der Erhalt von finanziellen Gestaltungsspielräumen und die Schaffung neuer Spielräume dürfen bei staatlichen Förderprogrammen, gerade auch solchen zur Ankurbelung der Konjunktur nach Corona, nicht aus dem Blick verloren werden. Haushaltsmittel sollten konsequent nur in solche Projekte fließen, die die Transformation ermöglichen, indem sie Treibhausgasemissionen senken, Innovationen fördern, Digitalisierung beschleunigen oder Produktionskapazitäten für neue Produkte schaffen – also zur dauerhaften Nachhaltigkeit, Wertschöpfung und Beschäftigung beitragen.

All das zeigt im Übrigen, dass Bürgerinnen und Bürger sowie Wirtschaft im Verhältnis zum Staat im selben Boot sitzen. Die Unternehmen erwarten optimale Bedingungen für ihr Geschäft: Rechtssicherheit, Infrastruktur und Fachkräftenachwuchs dank guter Bildungschancen. Die Bürgerinnen und Bürger erwarten, in einem Gemeinwesen in Sicherheit, mit guten Bildungsangeboten, mit einer guten Infrastruktur und guten Leistungen der Daseinsvorsorge leben zu können.

Alle Parteien, die sich um Mandate im nächsten Deutschen Bundestag bewerben, haben Ideen für den Staat von morgen in ihren Programmen. Programmatik ist das eine, die Umsetzung dieser Ziele das andere. Die Erwartungshaltung ist nicht zuletzt aufgrund der Erfahrungen in der Pandemie und nach Blick über die Grenzen zu europäischen Nachbarn groß. Eine neue Bundesregierung wird diese Erwartung zuerst in ihrem Regierungsprogramm und dann in ihrem Regierungshandeln – und in zentralen Fragen bereits in den ersten einhundert Tagen – erfüllen müssen.

IMPRESSUM

Herausgeber:
Audit Committee Institute e.V. (ACI)

Leitung:
Angelika Huber-Straßer (V. i. S. d. P.)

Redaktion:
Christina Gasser, Dr. Astrid Gundel,
Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Peter Hommelhoff,
Christian Tobias Pfaff, Maria Solbrig,
Prof. Dr. Christoph Teichmann

Audit Committee Institute e.V. (ACI)
THE SQUAIRE • Am Flughafen
60549 Frankfurt am Main
Telefon +49 69 9587-3040
Fax +49 1802 11991-3040
E-Mail aci@kpmg.de
www.audit-committee-institute.de

Gestaltung und Satz: stereobloc, Berlin

Druck: Das Druckteam Berlin

Stand: 30.8.2021

Bildnachweise/Illustrationen:
S. 1 © ThomasSaupe/iStock.com;
S. 2/3 © senorcampesino/iStock.com;
S. 4 © schiffner/photocase.de;
S. 25 © malerapaso/iStock.com;
S. 26 © Velishchuk/iStock.com;
S. 30 © Chalysheva Ekaterina/shutterstock.com;
S. 32/33 © claudiarndt/photocase.de;
S. 34/35 © _veiksme_ /stock.adobe.com;
S. 39 © deborre/photocase.de

Die enthaltenen Informationen sind allgemeiner Natur und nicht auf die spezielle Situation einer Einzelperson oder einer juristischen Person ausgerichtet. Obwohl wir uns bemühen, zuverlässige und aktuelle Informationen zu liefern, können wir nicht garantieren, dass diese Informationen so zutreffend sind wie zum Zeitpunkt ihres Eingangs oder dass sie auch in Zukunft so zutreffend sein werden. Niemand sollte aufgrund dieser Informationen handeln ohne geeigneten fachlichen Rat und ohne gründliche Analyse der betreffenden Situation.

Das Audit Committee Institute versteht sich als Forum für kontroverse Diskussionen. Die Ansichten und Meinungen sind die der Verfasser und entsprechen nicht unbedingt den Ansichten und Meinungen des Audit Committee Institute e.V.

© 2021 Audit Committee Institute e.V., assoziiert mit der KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, einer Aktiengesellschaft nach deutschem Recht und ein Mitglied der globalen KPMG-Organisation unabhängiger Mitgliedsfirmen, die KPMG International Limited, einer Private English Company Limited by Guarantee, angeschlossen sind. Alle Rechte vorbehalten.

Institut für den öffentlichen Sektor e.V.

myGovernment

Start-ups als Innovationspartner für den öffentlichen Sektor

Mit der Initiative myGovernment fördert das Institut für den öffentlichen Sektor seit 2016 die Zusammenarbeit von Start-ups mit dem öffentlichen Sektor. Denn junge Unternehmen aus der Gründerszene haben das Potenzial, die Digitalisierung im öffentlichen Sektor mit ganz neuen, nutzerfreundlichen und zugleich pragmatischen Ansätzen voranzubringen.

Mit jährlichen Netzwerkveranstaltungen bieten wir eine Plattform, auf der Beschäftigte aus öffentlicher Verwaltung und öffentlichen Unternehmen Start-ups und ihre digitalen Lösungen kennenlernen und sich vernetzen können, so auch am 16.9.2021 (siehe Textkasten). Mit konkreten Projektbeispielen zeigen wir, dass die Zusammenarbeit von Start-ups mit dem öffentlichen Sektor funktioniert. Darüber hinaus veranstalten wir Workshops für Start-ups und öffentliche Beschaffer, um vergaberechtliche Hürden abzubauen.

www.my-government.de

Gefördert durch

KPMG

myGovernment 2021

Was? Start-ups präsentieren ihre digitalen Lösungen für den öffentlichen Sektor. Mit erfolgreichen Praxisbeispielen zeigen wir, dass die Zusammenarbeit funktioniert.

Wann? Am 16.9.2021 von 14:00 – 16:00 Uhr

Wo? In einer interaktiven Online-Veranstaltung

Programm:

14:00 Uhr Begrüßung durch den KPMG-Vorstand

14:15 Uhr Öffentlicher Sektor und Start-ups in Zusammenarbeit
Es präsentieren:
– Lokalprojekte gGmbH und die Stadt Eschwege
– Cortexia SA und die Stadt Genf

14:55 Uhr myGovernment-Newcomer 2021:
Visaright GmbH, Urbanistic GmbH und Daten Kompetenzzentrum Städte und Regionen DKSR GmbH

15:30 Uhr Zeit für Fragen und Vorstellung aktueller Studienergebnisse

16:00 Uhr Ende der Veranstaltung

Bitte registrieren Sie sich für die Online-Veranstaltung:

© 2021 Institut für den öffentlichen Sektor e.V. Alle Rechte vorbehalten.

© 2021 Audit Committee Institute e.V., assoziiert mit der KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, einer Aktiengesellschaft nach deutschem Recht und ein Mitglied der globalen KPMG-Organisation unabhängiger Mitgliedsfirmen, die KPMG International Limited, einer Private English Company Limited by Guarantee, angeschlossen sind. Alle Rechte vorbehalten.

Für Interessenten, die unsere Publikationen noch nicht erhalten: Bestellen Sie das Audit Committee Quarterly.

DAS MAGAZIN FÜR CORPORATE GOVERNANCE

Bitte senden Sie mir regelmäßig (bitte ankreuzen)*

☐ das Audit Committee Quarterly

☐ weitere Publikationen zu Themen der Corporate Governance und der Rechnungslegung kostenlos

☐ elektronisch ☐ in gedruckter Version zu:

Vorname _____ Name _____

akademischer Titel (freiwillige Angabe) _____

Firma/Institution _____ Funktion _____

Straße/Postfach _____ PLZ, Ort _____

E-Mail _____ Telefon/Fax _____

Datum _____ Unterschrift _____

Diese Angaben beziehen sich auf meine ☐ Privatadresse ☐ Firmenanschrift.

Audit Committee Institute e.V. (ACI)
E-MAIL aci@kpmg.de
TELEFON +49 69 9587-3040
FAX +49 1802 11991-3040
www.audit-committee-institute.de

* Der Versand der Publikationen des Audit Committee Institute erfolgt ausschließlich an Mitglieder des Aufsichtsrats und der Geschäftsleitung. Ihre persönlichen Angaben werden vertraulich behandelt.

Frühere Ausgaben des Audit Committee Quarterly sowie weitere Publikationen des Audit Committee Institute senden wir Ihnen gerne auf telefonische Anfrage (+49 69 9587-3040) zu.

Selbstverständlich können Sie uns jederzeit telefonisch, per Fax, E-Mail oder Post mitteilen, wenn Sie Ihre bestellten Publikationen nicht mehr erhalten möchten. Wir freuen uns, wenn Sie uns Adress- oder Funktionsänderungen ebenfalls telefonisch, per Fax, E-Mail oder per Post mitteilen.

Ihre Meinung ist uns wichtig. Wir freuen uns über Ihre Anregungen, Kritik oder Lob.

© 2021 Audit Committee Institute e.V., assoziiert mit der KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, einer Aktiengesellschaft nach deutschem Recht und ein Mitglied der globalen KPMG-Organisation unabhängiger Mitgliedsfirmen, die KPMG International Limited, einer Private English Company Limited by Guarantee, angeschlossen sind. Alle Rechte vorbehalten.

© 2021 Audit Committee Institute e.V., assoziiert mit der KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, einer Aktiengesellschaft nach deutschem Recht und ein Mitglied der globalen KPMG-Organisation unabhängiger Mitgliedsfirmen, die KPMG International Limited, einer Private English Company Limited by Guarantee, angeschlossen sind. Alle Rechte vorbehalten.

Audit Committee Institute

First Hand Information für Aufsichtsräte und Führungskräfte

Das Audit Committee Institute (ACI) versteht sich als freies Forum und Partner für Aufsichtsräte und Führungskräfte. Ziel ist es, die Meinungsbildung zur Corporate Governance zwischen Politik, Wissenschaft und Praxis zu unterstützen.

E-MAIL aci@kpmg.de TELEFON +49 69 9587-3040 www.audit-committee-institute.de

Gedruckt auf Papier aus 100 Prozent Altpapier.

RECYCLED Papier aus Recyclingmaterial FSC® C118112

Klimaneutral Druckprodukt ClimatePartner.com/11854-2108-1009

© 2021 Audit Committee Institute e.V., assoziiert mit der KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, einer Aktiengesellschaft nach deutschem Recht und ein Mitglied der globalen KPMG-Organisation unabhängiger Mitgliedsfirmen, die KPMG International Limited, einer Private English Company Limited by Guarantee, angeschlossen sind. Alle Rechte vorbehalten.